

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei im Haus, vorauszahlung Einzelne
 Nummern 10 Pfg. Goldbezug: Monats-
 lich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2,- Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Goldbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Vorkosten in die
 gold-zeitungs-Verträge.
 Ercheinung täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 8. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Anzeigenpreis:
 Die Nebengeldspalten Rotenetzstraße
 60 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das
 fettegedruckte Wort 20 Pfg. (zünftig
 2 fettegedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellengeld und
 Schlusszeilenanzeigen das erste Wort
 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg.
 Worte über 16 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%
 Familien-Anzeigen 50 Pfg.,
 politische u. gewerkschaftliche Berichts-
 Anzeigen 40 Pfg. Die fette Anzeige
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schlußzeit von 3 Uhr
 nach bis 7 Uhr abends.

Deutscher Friedensvertrag mit Finnland.

Die Fortführung der Ostpolitik.

Um die Fortführung der deutschen Ostpolitik hat ein stiller aber zäher Kampf eingeleitet, der in erster Linie Litauen, in zweiter auch die drei baltischen Provinzen und die geplanten Abtrennungen polnischen Gebiets betrifft.

Der litauische Landrat hat vor einigen Wochen bei Litauen, bei Rußland, Deutschland und anderen Mächten um die Anerkennung der litauischen Selbständigkeit anzufragen. Ein Antrag auf Bundesanschluß an das Deutsche Reich ist aber abgelehnt worden.

Die alldeutsche Presse behauptet nun, daß der litauische Landrat, die Taruga, bei diesem Beschluß von Erzberger und — der Wilhelmstraße beeinflusst worden sei. Die Litauer selbst wollten, entgegen dem Beschluß ihres Landrats, den Anschluß an Deutschland, der auch im deutschen Interesse, weil Litauen die Brücke zu den baltischen Provinzen wäre, notwendig sei. In einem Teil der sächsischen Presse wird mit Eifer dafür agitiert, einen sächsischen Prinzen zum Landesvater der selbständigen Litauer zu machen, die Alldeutschen wollen aber im besten Fall eine sächsisch-litauische Personalunion aufstellen, so daß der jeweilige König von Sachsen zugleich auch Herzog von Litauen wird, sind aber natürlich in erster Linie für die Angliederung Litauens, Kurlands, Livlands und Estlands an Preußen.

Nach dem „Berl. Total-Anz.“ steht die Ernennung eines gemeinsamen Reichskommissars für die genannten vier vordem russischen Provinzen bevor. Der Erwählte soll der Ministerialdirektor im preussischen Landwirtschaftsministerium, Graf Robert Keyserlingk, sein. Das Blatt schließt daraus, daß man Livland und Estland staatsrechtlich die gleiche Behandlung angedeihen lassen will, wie Kurland und Litauen, was dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk entschieden widerspricht.

Schließlich sei eine geschichtliche Ausgrabung erwähnt, auf die die „Tägliche Rundschau“ wohl nicht von ungefähr gekommen ist. Auf dem Wiener Kongreß seien die polnischen Gebiete von Slupce und Peshern ursprünglich Preußen zugesprochen gewesen, sie seien aber 1818 von Preußen in würdelofter Schwäche an Rußland gegeben worden. Die „Tägliche Rundschau“ fordert im Stil der französischen Revanchepatrioten die Wiedergutmachung eines früheren Unrechtes und „Debannektion“, die einen besseren militärischen Grenzschutz möglich machen würde. So ist man unerschöpflich in weltpolitischen Improvisationen, und wenige fragen, wozu das gut ist und wie lange es hält.

Deutsch-finnländischer Friedensvertrag.

Wolffs Bureau teilte gestern mit: Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schifffahrtsabkommen sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Beiträgen unterzeichnet worden:

In Artikel 1 wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Finnland kein Kriegszustand besteht und daß die vertragsliebenden Teile entschlossen sind, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Deutschland wird dafür eintreten, daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird. Dagegen wird Finnland keinen Teil seines Selbstandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen Macht ein Gebiet an einem Hoheitsgebiet einräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben.

Die folgenden Artikel betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen sofort nach der Bestätigung des Friedensvertrages, gegenseitigen Verzicht auf den Ertrag der Kriegsschiffen und der Kriegsschäden, die Wiederherstellung der Staatsverträge und der Privatrechte, den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und den Ertrag für Zivilschäden.

Was die Staatsverträge anbelangt, so sollen die außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen. Insbesondere soll alsbald über einen Handels- und Schifffahrtsvertrag unterhandelt werden. Einseitig werden die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern durch ein Handels- und Schifffahrtsabkommen geregelt.

Bezüglich der Privatrechte treten alle Kriegsschiffe mit der Bestätigung dieses Vertrages außer Kraft. Die Schuldverhältnisse werden wiederhergestellt, die Bezahlung der Verbindlichkeiten, insbesondere der öffentlichen Schuldendienst wieder aufgenommen. Zur Feststellung der Zivilschäden soll in

Berlin eine Kommission zusammentreten, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, soll der Präsident des schweizerischen Bundesrats gebeten werden.

Die Kriegsgefangenen Finnländer in Deutschland und die Kriegsgefangenen Deutschen in Finnland sollen tunlichst bald ausgetauscht, die beiderseitigen verstorbenen oder internierten Zivilangehörigen heimbeerdigt werden. Es sollen Bestimmungen über eine Amnestie, über die Zurückgabe oder den Ertrag von Rauffabrikeisernen usw.

Nur Regelung der Landfrage wird bestimmt, daß die auf den Inseln angelegten Befestigungen so bald als möglich entfernt und die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln durch ein besonderes Abkommen geregelt werden soll.

Die Bestätigungsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Zur Ergänzung des Vertrages werden binnen vier Monaten nach der Bestätigung Vertreter der vertragsliebenden Teile in Berlin zusammentreten.

Der Vertrag ist also mit der seit längerem in Berlin weilenden Abordnung der einstweilen als gestürzt zu betrachtenden finnländischen Regierung abgeschlossen worden und steht, um in Kraft treten zu können, den Sturz der gegenwärtig in Helsingfors herrschenden Regierung voraus. Nach Bekanntgabe dieser Vereinbarung wird die Angriffs- politik um so mehr verläßtlich, die Wolffs Bureau gehen im Anschluß an die Nachricht vom Abschluß eines Vertrages zwischen den gegenwärtigen Regierungen Rußlands und Finnlands vom Stapel. Dieser russisch-finnische Vertrag sucht Finnland freundschaftlich mit seinem östlichen Nachbarn zu verbinden, während der deutsch-finnische Vertrag das Band mit Deutschland aufs engste zu knüpfen sucht. Hier bietet sich, meinen wir, eine günstige Gelegenheit für die deutsche Diplomatie, zu beweisen, daß sie Brücken zu schlagen und weit wirkende Friedensbündnisse zu schmieden versteht. Die finnländische Frage sollte zu einer Probe auf die Möglichkeit, mit Rußland zu friedlichem Einvernehmen zu gelangen, ausgenutzt werden.

In dem zugleich mit dem Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsabkommen wird bestimmt, daß die Angehörigen eines jeden der vertragsliebenden Teile im Gebiete des anderen Teiles in bezug auf Handel und sonstige Gewerbe dieselben Rechte und Begünstigungen aller Art genießen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden.

Die Fabrik- und Gewerbezweignisse sollen nach dem Grundsatze der Nichtbegünstigung behandelt werden. Viele Bestimmungen beziehen sich indes nicht auf die Begünstigungen des Grenzverkehrs, auch nicht auf die Begünstigungen, die einer der vertragsliebenden Teile einem mit ihm zollgereinten Lande oder Gebiete gewährt und auch nicht auf die, die in Deutschland, Oesterreich-Ungarn oder einem anderen mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenen Lande, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Oesterreich-Ungarn zollverbundenes Land mittelbar an grenzt, oder seinen eigenen Kolonien usw. etwa gewährt wird. Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1914 gegenüber Deutschland in Anwendung kommen. Der Tarif kann während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht noch durch Zölle auf bisher zollfreie Waren erweitert werden.

Auch bezüglich der Eisenbahnen und der Seeschifffahrt wird die Nichtbegünstigung vereinbart.

Neue Vermittlungsversuche in Finnland.

Nur den von den sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Schwedens eingeleiteten Vermittlungsversuchen in Finnland wird jetzt eine gemeinsame skandinavische Vermittlungskommission herbeigeführt werden, und zwar seitens der skandinavischen interparlamentarischen Kommission, die 6 Mitglieder zur Reise nach Finnland gewählt hat. Die Kommission besteht aus folgenden Parlamentariern: Dauge und Moltesen für Dänemark; Branting und Abelsbörd für Schweden und von den Norwegern Nowind und Thallaug. Hier von sind Branting und Dauge Sozialdemokraten, Thallaug konservativ, während die anderen drei die Freifinnigen und die Bauernlinks vertreten.

Die Tätigkeit der Kommission soll gänzlich unpolitisch und neutral sein. Sie soll nur die Frage des finnischen Bürgerkrieges und die Möglichkeiten untersuchen, der ganzen kaiserlichen Bevölkerung Hilfe zu bringen.

Die Unabhängigen.

Zum Wahlkampf in Niederbarnim.
 Von Friedrich Stampfer.

Es ist bedauerlich, daß der Wahlkampf in Niederbarnim abläuft, ohne daß zwischen den beiden rivalisierenden Richtungen eine Debatte von grundsätzlicher Bedeutung geführt worden wäre. Versuche dazu sind von sozialdemokratischer Seite wohl gemacht worden, aber sie stießen auf keine Gegenliebe, und alle Bemühungen, aus Herrn Piesegang, dem unabhängigen Wanderdauernredner, oder dem „Mitteilungsblatt“ Geistesfunken eines prinzipiellen Meinungskampfes herauszuschlagen, blieben vergeblich. Das Niveau der unabhängigen Kampfesweise drückte naturgemäß auch auf jenes der Gegenseite. Für die Wähler wäre es aber zweifellos von Interesse gewesen, wenn die Unabhängigen den Versuch gemacht hätten, statt nur zu kämpfen, sich mit der sozialdemokratischen Partei grundsätzlich auseinanderzusetzen.

Die ganze Argumentation der Unabhängigen lief darauf hinaus, in ewigem Gleichklang zu wiederholen, daß es „Verrat an den Arbeitern“, „Preisgabe sozialistischer Grundzüge“ ist, wenn man es nicht genau so macht wie sie, und alles, was vor den Reichstag kommt, abzulehnt. Hier erlebt der von Marx so gekaufte „parlamentarische Kremlismus“ seine reichste Blüte, den Abstimmungen im Reichstag wird eine phantastische Bedeutung zugeschrieben, und das Augenmerk wird mit dem Fanatismus des Aberglaubens das als Mittel gegen alle Nöte der Zeit verherrlicht. Sogar der Krieg wäre schon längst zu Ende und keinem fehlte mehr am Vormittag die belegte Stulle, wenn die Sozialdemokraten nur bei den Abstimmungen über die Kriegskredite sitzen geblieben wären.

Nun soll die Bedeutung parlamentarischer Beschlüsse in keiner Weise bestritten werden, aber Beschlüsse sind etwas anderes als die Abstimmung einer Minorität. Hätte die Sozialdemokratie die Möglichkeit, einen Mehrheitsbeschluss gegen die Kriegskredite durchzuführen, so wäre das von allergrößter Bedeutung, denn damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, die Regierung zu einer Politik zu zwingen, die dem Willen dieser Mehrheit entspricht. Für den Reichstag als Ganzes hat jedoch die Frage der Kreditbewilligung nie bestanden, weil die bürgerlichen Parteien nicht dazu zu bringen sind, von diesem letzten parlamentarischen Nachmittagsgebrauch zu machen. Die Frage war nur, mit welchem Stimmenverhältnis die Kredite vom Reichstag angenommen werden sollten, und diese Frage hätte mit etwas mehr Gelassenheit behandelt werden können, um ihrerwillen eine Sprengmine in die Arbeiterbewegung zu legen, war entschieden eine Trivialität.

Mit der Kreditverweigerung einer Minorität verhält es sich aber so: Entweder sie gewinnt Einfluss auf den Gang der Kriegsgeschichte und will ihn gewinnen, oder sie hat diesen Einfluss nicht, und dann hat sie nicht viel mehr Bedeutung als ein Gänzlich, das bellend hinter einem Wagen herläuft.

Die Sozialdemokratie konnte weder wünschen, durch Kreditverweigerung auf die Kraft der deutschen Waffen dämpfend zu wirken — man weiß nie, wie weit diese Dämpfung geht und ob sie nicht zum Schluß den feindlichen Waffen das Übergewicht verleiht —, noch konnte ihr eine Politik der ohnmächtigen Proteste, die anscheinend das Ideal der Unabhängigen ist, als bewundernswert erscheinen. Denn eine solche Politik widerspricht ganz dem aktiven Wesen der Arbeiterbewegung, dem Drang, sich zu betätigen und zu wirken: man kann sich auf sie zurückziehen, wenn einem schon gar nichts anderes mehr übrig bleibt, wird aber jede Gelegenheit ergreifen, sie wieder zu verlassen, und wird dann immer wieder den Versuch wiederholen, der Zeit die Zeichen des eigenen Willens aufzudrücken.

Anderes denken die Unabhängigen. Sie sind zufrieden, wenn sie sitzen bleiben und damit die „Verantwortung“ für alles ablehnen können. Mit dem Papierbusch des Protestes auf der Mütze und dem Holzschwert der Kreditverweigerung an der Seite paradien sie stolz vor ihren Anhängern und kommen sich, wer weiß wie, arohartia vor. Der Sozialdemokratie überlassen sie die schwere Aufgabe, den verfluchten Modern von Latäcken beizufolgen, wirksamere Methoden im Kampf gegen den Amerikanismus zu suchen — und wenn etwas schief geht, spreizen sie sich schadenfroh und laien: „Seht Ihr, warum seid nicht auch Ihr bei der letzten Abstimmung im Reichstag sitzen geblieben?“

Als ob nicht z. B. auch der Friedensvertrag von Brest-Litowsk, dessen Inhalt wir aufs entschiedenste verteidigen, genau so zustande gekommen wäre, wenn bei den letzten Krediten auch die Sozialdemokraten mit Nein gestimmt hätten! Wer das bestreitet, muß annehmen, daß die sozialdemokratische Kreditverweigerung durch ihre Rückwirkung auf den Geist der Truppen einen anderen Vertragsabschluss er-

Störungen hätte. Ob diese Wirkung eingetreten wäre, soll hier nicht untersucht werden, es gilt hier aber schon das oben Gesagte: die Sozialdemokratie kann diese Wirkung nicht wollen, weil sie nicht weiß, wie weit sie geht und ob sie nicht zu einer Umkehrung der gesamten Kriegslage zum Schaden Deutschlands führen würde. Die Sozialdemokratie hat aber im Kriege stets, zum Unterschied von den Volkswölfen, den Kampf gegen den feindlichen Imperialismus für ihre erste Aufgabe gehalten und den Kampf gegen den heimischen für die zweite. Indem sie danach handelt, ist sie nach ihrer festeren Überzeugung auch in Übereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterschaft.

Hier ist in der Tat der Punkt grundsätzlicher Meinungsverschiedenheit. Entweder deutscher Sozialdemokrat oder russischer Volkswölf — hier scheiden sich die Wege! Die Unabhängigen aber, obwar nicht Verführte, sind die ganze Kriegszeit hindurch hilflos an diesem Scheideweg stehen geblieben, sie wollen weder das eine noch das andere sein, sondern höchstens weder Fleisch noch Fisch, ein wunderlich Gemisch von beiden.

Wer ein grundsätzlicher Gegner der Landesverteidigung ist und in der revolutionären Massenaktion das einzige Mittel zur Beendigung des Krieges erblickt, den werden wir voll Achtung ob seines Überzeugungsmutes seinen Weg gehen lassen, er hat einen anderen Geist als wir — und wenn wir viel später einmal in Friedenszeiten als Sozialisten wieder zusammenkommen könnten, im Kriege haben wir nichts miteinander gemein, sind wir grundsätzliche Gegner. Aber die Unabhängigen? Nicht grundsätzliches Anderssein, sondern taktisches Spintisieren und zänkische Rechthaberei hat sie zu Betrümmern der Arbeiterbewegung gemacht, einem bloßen Radikalismus, hinter dem kein Ziel und kein Wille steht, haben sie leichtfertig das hohe Gut der organisatorischen Einheit geopfert. Und dafür verdienen sie die energische Zurückweisung, die ihnen hoffentlich am 14. März durch die Arbeiterwähler von Niederbarnim zuteil werden wird. Sie sind keine Soldaten, diese Unabhängigen, und an Mut der Überzeugung, wo es Arbeiterinteressen zu verteidigen gilt, können wir Sozialdemokraten es noch mit ihnen aufnehmen, sie haben auch nicht den Stein der Weisen in der Tasche, so wenig wie wir ihn haben, aber sie haben über die Bewegung das Glend der Zerrissenheit gebracht, dessen Folgen wir zum erstenmal — wir fürchten, nicht zum letztenmal — bei der Streikbewegung gespürt haben. Wenn sie jetzt der alten sozialdemokratischen Partei einen Wahlkreis entreißen wollen, der ihr seit einem Menschenalter gehört hat, dann soll ihnen zur Erleichterung und Belehrung aus den Mäffen der Arbeiter heraus ein viel zehntausendstimmiges „Gä n d e w e g!“ entgegenhören.

Die Japaner in Sibirien.

Wilson's Vertrauen auf Japan's Selbstlosigkeit.
Washington, 6. März. (Reuter.) Von maßgebender Seite wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten keine Mitteilungen an Japan, über dessen Vorschlag, in Sibirien vorzugehen, gesandt haben. Aber auch ohne schriftliche Mitteilungen kennt Japan die freundschaftliche Haltung der Vereinigten Staaten. Es weiß auch, daß die Vereinigten Staaten das Vertrauen zu Japan haben, daß eine Unternehmung in Sibirien in selbstloser Absicht geschehen würde. Aber mit Rücksicht auf die mögliche moralische Wirkung auf Rußland sind die Vereinigten Staaten der Ansicht, daß, wenn eine Aktion eintritt, ihre absolute Notwendigkeit deutlich geworden sein müsse. Diese Ansicht ist England gegenüber ausgesprochen worden, durch dessen Vermittlung die Vereinigten Staaten von der Haltung Japans in Kenntnis gesetzt worden sind.

Stockholm, 7. März. Dem Organ *Veritas*, der „*Pravda*“, zufolge sind aus Irkutsk sehr beunruhigende Nachrichten in Petersburg eingelaufen, nach denen sich mehrere japanische Infanterie-Regimenter auf dem Marsch nach Irkutsk befinden. Die Japaner scheinen nicht mit eigenen Truppen vorgehen zu wollen, sondern sie haben auch chinesische Truppen zur Verfügung, die sie aber bei den Operationen von Chardin aus benutzen wollen. Als Eisenbahnhilfen, die Eisenbahn- und Telegraphenstationen sind teils von den Chinesen, teils von den Japanern besetzt. In Bladivostok und Chardin regieren jetzt schon die Japaner. Die Volkswölfen-Verhöre wurden abgesetzt. Die russischen Familien versuchten nach Rußland zu flüchten, es ist ihnen aber wegen der strengen Kontrolle der Japaner unmöglich. Sowohl in Chardin wie in Bladivostok herrscht im übrigen vollkommene Ruhe.

Rücktritt Lenins?

Die Berichterstattung der nach Petersburg zurückgekehrten russischen Friedensdelegation sollte nach einer Havasmeldung in der Sowjetzentrale am Mittwoch abend stattfinden. Ueber den Verlauf der Sitzung liegt noch keine Nachricht vor. Stockholmer L.-M.-Medlungen berichten inzwischen, daß Trotski's Anhängererschaft wachse, den Sturz Lenins zu beschleunigen suche und daß Lenin sich entschlossen habe, zurückzutreten. Er habe den Rücktritt bereits in den Sowjets angekündigt und wolle seine Parteitätigkeit gänzlich einstellen. Die Nachricht scheint mit allem Vorbehalt aufgenommen werden zu müssen.

Die Vertreter der Entente-regierungen haben jetzt sämtlich einschließlich des Personals der belgischen, portugiesischen und griechischen Gesandtschaften Petersburg verlassen. Sie sind in Helsingfors angekommen.

Der Kampf ums Budgetprovisorium in Oesterreich.

Seidlers letzter Appell.

Wien, 7. März. Abgeordnetenhaus. In fortgesetzter zweiter Sitzung des Budgetprovisoriums richtete der Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler an das Haus einen warmen Appell, das Budgetprovisorium einschließlich der Kreditermächtigung zu votieren. Die Verweigerung des Kriegsbudgets und insbesondere der Kriegskredite müßte in aller Welt als Entschlebung aufgefaßt werden, die nicht davor zurücksteht, dem Staate die materiellen Mittel in einem Momente zu entziehen, da er den schwersten aller Kriege in Ehren zu beenden sich anschickt. Der Ministerpräsident sei überzeugt, daß die Öffentlichkeit derartige Entschlebungen als tief bedenklich, als geradezu beschämend empfinden würde. Die verfassungsmäßige Erledigung des Budgetprovisoriums würde eine freie Bahn schaffen für die Erledigung wichtiger wirtschaftlicher

Stoßtruppaktionen im Westen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 7. März 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.
Nordwestlich von Dünaburg brachten Sturmabteilungen von einem Angriff gegen zwei belgische Schiffe drei Offiziere, 114 Mann und einige Maschinengewehre ein. Die Kräfteleistung lebte in vielen Abschnitten auf. Mehrfach wurden englische Erkundungsvorposten abgewiesen.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz.
Die französische Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front rege Tätigkeit. Nordwestlich von Avocourt drangen Stoßtrupp tief in die französischen Stellungen ein und lebten nach heftigem Kampf und nach Zerstörung zahlreicher Unterstände mit 27 Gefangenen zurück.

Im Luftkampf wurden gestern 19 feindliche Flugzeuge und zwei Jettelballone abgeschossen.
Hauptmann Ritter v. Lutzschel errang seinen 28. Luftsieg. Durch Bombenwurf englischer Flieger auf ein Lager in Tourcoing wurden zahlreiche französische Einwohner getötet.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nicht Neues.
Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. März 1918. Amlich wird verlautbart: Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Hoher und sozialer Gefesvorlagen, darunter die Feuerungs- gungen an die Lehrpersonen usw., die Erhöhung der Bezüge.

Der Ministerpräsident verweist ganz besonders auf die finanziellen Maßnahmen und die Notwendigkeit der Verfassungsreform und erklärte: Wir müssen durchsehen, daß die nationalen Gesetze innerhalb des Rahmens der Staatsidee zur Ausgestaltung gebracht werden. (Lebhafter Beifall links.) Die Regierung stellte sich hiermit auf den Boden des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, namentlich des Prinzips, daß keine Nationalität die andere zu verzwangeln, daß vielmehr jede auf den ihr eigenen Gebieten sich auszuüben berechtigt sei. Der Ministerpräsident appellierte an alle Parteien, einen inneren politischen Waffensstillstand zum Zwecke der Herbeiführung eines baldigen außerordentlichen Friedens zu schließen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 6. März. Amlich. Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21 000 T. Reg.-T. Handelschiffraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer *Whiteneur* (3690 T. Reg.-T.) mit Kohlenladung, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 T. Reg.-T. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der Irischen See erzielt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Frage des Jgoz Mendi.

Kopenhagen, 6. März. „Politiken“ bemerkt zu den Auslassungen der deutschen Presse in der Angelegenheit des gestrandeten spanischen Dampfers *Jgoz Mendi*:

Die deutschen Vorforderungen scheinen in hohem Grade von einer verständlichen Nichtstimmung darüber beeinflusst zu sein, daß der Begleitdampfer *Jgoz Mendi* seine lange abenteuerliche Fahrt nicht in einem deutschen Hafen abschließen konnte. Diese Nichtstimmung sollte aber nicht die Tatsache verleiern, daß die Frage des *Jgoz Mendi* hier in Danemark von klaren völkerrechtlichen Gesichtspunkten aus behandelt und daß die Frage eine völkerrechtliche juristische Frage ist und nicht, wie die Dänier annehmen scheinen, eine politische.

Am. des W. Z. B.: Die Frage des Dampfers *Jgoz Mendi* wird auch in Deutschland in erster Linie nach völkerrechtlich juristischen Gesichtspunkten beurteilt. Die genaue Prüfung des Sachverhalts und der völkerrechtlichen Präzedenzen hat aber zu einer von der dänischen Auffassung abweichenden Beurteilung geführt, die der dänischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden ist.

Unterhaus und U-Boot-Krieg.

Der erste Lord der Admiralität Sir Eric Geddes brachte am Dienstag im Unterhause den Vorschlag des Flottenetats ein. Er sagte nach dem Bericht Reuters u. a.:

Der Seekrieg ist in den letzten drei Monaten wesentlich in derselben Weise fortgesetzt worden, wie im ganzen letzten Jahre. Aber man darf wohl sagen, daß der Seekrieg sich im ganzen in steigendem Maße zu unserm Vorteil gewandt hat. Er ist hauptsächlich eine Kräfteprobe zwischen dem feindlichen U-Boot und unseren Maßnahmen zu seiner Bekämpfung. Geddes machte Angaben über die Lage in den heimischen Gewässern, da die Haupttätigkeit der britischen Flotte die heimischen Gewässer betreffe, das Hauptfeld der Operationen der feindlichen U-Boote, auf dem England bisher seine größten Erfolge dagegen, in letzter Zeit mit Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte, erzielt habe. Auf das Mittelmeer entfielen etwa 80 Proz. des Verlustes von Handelschiffen, und der dortigen Verhältnisse kann man schwierig Herr werden. Das Flottenkommando im Mittelmeer haben die Franzosen, in der Adria die Italiener, die britischen Streitkräfte kämpfen in beiden Fällen unter dem französischen oder italienischen Admiral. Die Kriegsführung gegen das U-Boot im Mittelmeer wurde vom Flottenrat der Verbündeten einem Ausschuss in Rom zugewiesen. Diese Entscheidung war nur eine Erweiterung des Grundgedankes „eine alliierte Front“, der in militärischen Dingen angenommen ist. Die alliierte Flotte werde in kurzem durch brasilianische Kriegsschiffe verstärkt werden.

Die Ruze der Handelschiffverluste

bewegte sich noch in absteigender Richtung. Der Februar war ein verhältnismäßig schlechter Monat, aber der Januar war gut. Der Verlust des Welttonnenraums im Februar betrug nur etwas über die Hälfte dessen vom Februar 1917. Während der fünf Monate bis zum 28. Februar 1918 war der Weltschiffstammverlust 10 Proz. geringer als während der entsprechenden fünf Monate im Jahre vorher. Der Schiffstamm betrug im letzten Viertel des Jahres 1917 monatlich durchschnittlich rund 140 000 Tonnen, aber im Januar nur 88 000 Tonnen. Der Februar dürfte nahezu doppelt so gut sein. Schließlich könnten bis zu 3 Millionen Tonnen gebaut werden, aber

das wäre nur bei größter Anstrengung aller zu erreichen.

Die feindlichen Unterseeboote werden in vermehrter Zahl zerstört und mit der Entwicklung der Gegenmaßnahmen wird die Zahl weiter steigen. Ebenso träuben sich in wachsendem Maße die Besatzungen gegen die Ausfahrt. Die Aussichten sind wie 1:4 oder 1:5 dagegen, daß ein Unterseeboot von einer Operation in unseren heimischen Gewässern heimkehrt, und man nimmt an, daß einige Monate lang englische und amerikanische Streitkräfte in den heimischen Gewässern so viele Unterseeboote versenkt haben, als wie gebaut werden könnten.

Der Feind schreibt die Abnahme seiner Erfolge dem starken Rückgang der Zahl der auf See befindlichen Handelschiffe zu. Aber dies ist nicht richtig. Die Zahl der Fahrten für Februar entsprach ungefähr dem Durchschnitt der letzten 6 Monate. Ueber 35 000 Schiffe wurden geleitet, und die Verluste waren sehr gering. Eine erhöhte Steigerung wurde dadurch erreicht, daß im Geleitzug die Anordnungen der Admiralität streng befolgt wurden, was bedauerlicherweise sonst systematisch geschieht. Während der ersten wenigen Monate des uneingeschränkten U-Bootkrieges kamen in den heimischen Gewässern 50 Prozent der Verluste auf die Zone jenseits 50 Meilen vom Land, innerhalb 10 Meilen betrugen die Verluste nur 21 Prozent. Heute seien die Verluste außerhalb der 50 Meilenzone auf ein Prozent der Gesamtverluste gesunken, während die Verluste in größerer Nähe der Küste auf 61 Prozent gestiegen seien. Dadurch, daß die Angriffe näher an der Küste stattfinden, konnten wie nicht nur häufiger den Feind durch patrouillierende Wasser- und Luftfahrzeuge angreifen, sondern auch viele Schiffe bergen. Die verbesserten Bergungsmethoden haben die Wiederherstellung einer großen Anzahl beschädigter Schiffe zur Folge, was andererseits außerordentlich große Anforderungen an Arbeit und Material verursacht, die sonst dem Bau neuer Schiffe gewidmet sein würden.

Das Reuterbureau meldet, der Teil der Rede Geddes', in dem er über die Aussichten der deutschen U-Boote, von ihren Fahrten zurückzuführen, sprach, habe im Unterhause einige Verblüffung hervorgerufen. Später habe Geddes erklärt, er habe sagen wollen, daß von je 4 oder 5 U-Booten ein versenkt werde.

Nach der Rede Geddes' wies Asquith, wie „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, nachdrücklich auf die Lage im Handelschiffbau hin. Er war der Ansicht, daß es verhängnisvoll und schimpflich sein würde, wenn England in dieser Krise im Schiffbau versagen würde. Man müsse mehr Schiffe haben. Asquith fragte, ob es nicht gut sein würde, wenn einflussreiche Parlamentsmitglieder die Schiffsbauzentren am Clyde, Tyne und andere aufsuchen würden, um die Arbeiter und Arbeitgeber mit dem Gedanken zu durchdringen, daß es sich um eine Existenzfrage handele.

Wie „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, bedauerte Asquith, daß über den Umfang der englischen Schiffsverluste und über die getroffenen Maßnahmen, um die Verluste wieder einzubringen, nicht genauere Mitteilungen gemacht würden. In seinem Vorschlage im Dezember habe der erste Lord der Admiralität gesagt, daß die Neubauten im Jahre 1917 denen des Rekordjahres 1913 gleichkämen. Das Haus würde gerne erfahren, ob diese Erwartung in der Tat erfüllt wurde oder, wenn dies nicht der Fall sei, wie weit man der Erfüllung nahegekommen sei. Bonar Law antwortete darauf, daß der Neubau von Schiffen für die Flotte und die Handelsmarine zusammen ungefähr den Schiffraum des Rekordjahres 1913 gleichkomme. Asquith verlangte hierauf die Bekanntgabe der Riffer über die Handelsmarine. Er sagte, es müßten mehr Schiffe gebaut werden und sie müßten rascher fertiggestellt werden.

„Daily News“ bemerkt: Geddes' vorsichtige Worte liefern einen peinlichen Kommentar zu den Prophezeiungen des Premierministers vor einem halben Jahr.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der norwegisch-amerikanische Vertrag. „Finanzstunde“, deren Wohlfahrtskommission bekannt ist, teilt mit, daß die norwegische Ueber-einkunft mit Amerika nun endgültig beendet ist. Während mehrere Mäler das Abkommen mit Freude begrüßen, stellen sich andere reserviert.

Die bulgarische Seebraue hat der Verlängerung der parlamentarischen Mandate zugestimmt; die Neuwahlen für die Gesetzgebende Körperschaft werden binnen eines halben Jahres nach der Demobilisierung stattfinden.

Abgeordnetenhaus.

123. Sitzung, Donnerstag, den 7. März, vormittags 11 Uhr. Am Ministertisch: v. Breitenbach, Bergl.

Zweite Lesung des Eisenbahnetats.

2. Tag.

Abg. Lippmann (Sp.): Vor der Erhöhung der Personentaxen hätte man die Zustimmung der Volkswirtschaft einholen sollen. Man darf dem Publikum das Eisenbahnetat nicht verheimlichen. Der Etat ist nicht günstig. Am statistischen Anlagekapital fehlen 150 Millionen Mark, doch ist für die Zukunft gesorgt. Durch Einführung der Knorrbremse und Mehrverwendung von Heizdampfmaschinen werden gute Ersparnisse erzielt. Wir können also der finanziellen Zukunft der Eisenbahn mit Ruhe entgegensehen.

Abg. Dr. Wacca (natl.): Der Etat zeigt kein ungünstiges Resultat, da er nach allen Abstreibungen noch einen Ueberschuß aufweist. Durch unsere Zustimmung zur Verlängerung des Gesamtabkommens wollen wir anerkennen, daß bald das Verhältnis der Eisenbahnfinanzen zu den allgemeinen Finanzen anders festgelegt wird.

Abg. Leinert (Soz.):

Von der geplanten Erhöhung der Personentaxen haben wir lediglich durch die Verhandlungen des Eisenbahnrats erfahren. Solche Erhöhungen müssen künftig durch Gesetz festgelegt werden. Wenn es uns der Finanzminister nicht gesagt hätte, hätten wir gar nicht gewußt, daß die Erhöhungen aus der Personentaxerhöhung in den Etat eingeseht sind. Die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung sind in den letzten Jahren enorm gestiegen, so z. B. die Preise für Kohlen um 127 Proz., Preise für Schienen um 68 Prozent, für Holzschwellen um 85 Proz., Lokomotiven um 67 Proz., teurer geworden, Personenzug um 76 Proz., Wägen um 97 Proz., teilweise sogar um 100 Proz. Ich führe die Zahlen aus einem besonderen Grunde an. Als die Arbeiter in den Lokomotiv- und Waggonfabriken seinerzeit Anträge auf Lohn-erhöhung stellten, wurde ihnen entgegengehalten, die Eisenbahnverwaltung habe erklärt, daß

nur 8 Proz. mehr für Löhne

ausgegeben werden dürften, und habe die Preise für Lokomotiven und Waggon nicht erhöht. (Hört, hört!) Angehts der tatsächlich bezahlten höheren Preise wäre es nun Sache der Eisenbahnverwaltung, darauf zu dringen, daß die Löhne in diesen Fabriken auch entsprechend erhöht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Tat aber ist der Eisenbahnminister umgekehrt am

An unsere Abonnenten!

Die mit den Kriegsnöten verbundenen Schwierigkeiten aller Art machen sich auch im Zeitungsgebiete recht unangenehm bemerkbar. Trotz unserer eifrigsten Bestrebens, unseren Abonnenten ihr Blatt regelmäßig und frühzeitig zu liefern, lassen sich unliebsame Störungen leider nicht immer vermeiden. Wir bitten daher, bei eventueller verspäteter Lieferung Nachsicht zu üben.

Die Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Groß-Berlin

Vorfrühling 1918.

Bald ist des Winters Nacht gefürzt, da gibts kein Scheren und kein Schonen; die Nächte werden ihm gefürzt wie — nächstens uns die Prostrationen.

Die Ansel pfeift ihr Dirandei befehligt in die Morgenweisse und trillert so nebenbei auch von der nächsten — Kriegsanteile.

Die gute Sonne gleicht und lacht und lockt die Blumen aus der Tiefe. Bald kommt der Venz mit Prunk und Pracht und — einer neuen Offensive!

Paulsen.

Städtebau und Wohnungsnot.

Im Berliner Rathaus hat unter Vorsitz von Oberbürgermeister von Borstel-Rindgen ein gemeinschaftlicher Ausschuss des Deutschen und des Preussischen Städtebaues die Fragen verhandelt, die sich auf die Bekämpfung der mit Kriegsende zu erwartenden Wohnungsnot beziehen. An den Beratungen haben auch Stadtbauräte und Städtebauinspektoren teilgenommen. Man ging davon aus, daß im Reich, als Gesamtheit genommen, mit einem sehr großen Wohnungsmangel gerechnet werden muß, während es andererseits nach vielen Richtungen ungewiß ist, in welchen einzelnen Städten die Schwierigkeiten sich besonders zeigen würden. Als besonders groß wurde die Gefahr eingeschätzt, daß wegen der Unficherheit, die aus den übermäßigen Gestehungskosten entspringt, weder die Privatbauwirtschaft, noch auch die gemeinnützige Bauwirtschaft sich rechtzeitig entschlössen werden. Deshalb soll an die Reichsregierung und an den Reichstag mit der dringenden Bitte herangetreten werden, Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, um die Hebertreibung der ersten nach Kriegsende errichteten Bauten auszugleichen. Außerdem sollen die Notwendigkeiten der Verwirklichung der wichtigsten Bauwerke, besonders von Holz und Ziegeln, zu angemessenen Preisen für den Kleinwohnungsbau zu sichern.

Die wohnungsuchende Kriegerfrau

Wie immer noch immer bei manchen Hauseigentümern sehr schlecht angesehen zu sein. Wieder berichtet eine, die es durchgemacht hat, aus ihrer Erfahrung. Bei der Wohnsuche mühte sie sich von mehreren Hauswirtsinnen oder deren Vertreterinnen sich lassen, daß man eine Kriegerfrau nicht hineinnehmen wolle. Weisheit sprach dabei nach der Ansicht mit, daß sie drei Kinder im Alter von 2 bis 7 Jahren hat, was bei vielen Hauswirtsinnen auch nicht gerade als Empfehlung wirkt. Im Viehhofswinkel wurde die Wohnungsucherin von einer Hauswirtsin gefragt: „Wieviel Personen sind Sie?“ Das ist ja in der Regel der erste Punkt in dem Verhör, das man zu bestehen hat. Sie gestand ein: „Vier.“ „Hui! Sind Sie Kriegerfrau?“ „Ja.“ „Kriegerfrauen nehmen wir nicht.“ Und dem unwillkommenen Gast wurde die Tür vor der Nase zugemacht. Im Stadtteil des Wedding erging es der mit drei Kindern gesegneten Kriegerfrau ebenso bei einer Verwalterin. „Wieviel Personen sind Sie?“ begann auch hier das Verhör. „Vier.“ „Sind Sie Kriegerfrau?“ „Ja.“ „Bedauer!“ Das Opfer dieses „Bedauer!“ wagte einzuwenden: „Aber erlauben Sie mal — was sollen denn da die Kriegerfrauen machen?“ Während kämpfte die Verwalterin: „Sie dummes Weib!“ und die Tür schloß zu. Die abgewiesene fragte auf der Straße einem Schwärmer ihr Leid und frante aus ihm, was sie machen solle. Der antwortete: „Da bleibt Ihnen weiter nichts übrig — geben Sie mit Ihren Kindern ins Asyl!“ Ins Asyl, wenn sie als Kriegerfrau mit ihrer Familie durch abweisende Hauswirts in Wohnungsnot gebracht wird! Die Frau klappte an die Schilderung ihrer Erlebnisse und an diesen Weisheit sehr bittere Betrachtungen, deren Wiedergabe wir uns erlauben müssen.

Wo bleibt das Rohfleisch?

Rohfleisch war niemals so begehrt wie jetzt in der Kriegszeit. Bei der Knappheit anderer Fleisches läßt sich's begreifen, daß gar mancher seine frühere Abneigung gegen Rohfleischgenuß überwinden gelernt hat. Das Unangenehme ist nur, daß man in Berlin auch vom Rohfleisch nicht viel in den Läden zu sehen kriegt. Die Rohfleischhändler, die ihre Ware im Kleinverkauf an die Verbraucher abgeben, klagen über Fleischmangel. Sie können die Nachfrage nicht befriedigen und sind genötigt, ihre Läden größtenteils geschlossen zu halten. Das erklärt sich nicht nur daraus, daß das Verlangen nach Rohfleisch wie gelagert, bedeutend zugenommen hat. In Berlin sind jetzt die Rohfleischladungen so zahlreich, daß sehr viel mehr Rohfleisch über den Bodenmarkt verkauft werden könnte, wenn alles mit rechten Dingen zugehe.

Von kundiger Seite erhalten wir darüber die folgenden Mitteilungen:

Die Berliner Rohfleischhändler beziehen ihre Schlachtvieh teils von Privatpersonen, teils aus den durch die Landwirtschaftskammer auf dem Viehhof verankelten Auktionsstellen. Doch auf dem Lebensmittelmarkt heute nationaler noch zugelassen werden, wird manchem von vornherein lauterbar erschweren. Es kann daher nicht ohne Preissteigerung abgeben, die zur Warenverwertung führen muß. Bei den Viehbeurteilungen werden nicht selten für die Schlachtvieh sogar Preise gezahlt, die eine Zanehaltung der im Kleinverkauf geltenden Höchstpreise unmöglich machen. Für den Verkauf der lebenden Viehe gibt es keine Höchstpreise, so daß hier die Preissteigerung völlig gedeiht. Sie geht so weit, daß bei den verauktionierten Tieren der Preis für das Schlachtgewicht sich manchmal schon auf 170 M. auf 180 M. und gelegentlich noch höher stellt. Im Kleinverkauf, aber ist dem Rohfleischhändler ein Höchstpreis von 140 M. für das Pfund Fleisch mit Knochen und von 180 M. für das Pfund Fleisch ohne Knochen vorgeschrieben.

Es sind hauptsächlich ein paar Grothe, die bei den Auktionen die übermäßigen Preise zahlen. Sie können sich das leisten, weil von ihrer Ware nur wenig über den Bodenmarkt verkauft wird, sondern das Rohfleisch in Rohfleischfabriken wandert. Die solche Rohfleisch es fertig bringen, mit teuer erstandenen Material ungeachtet des dem Kleinhandel vorgeschriebenen Höchstpreises für Rohfleisch noch auf ihre Kosten zu kommen, das ist die

Scheinnut. Die Vermutung liegt nahe, daß so manche Rohfleisch auf anderen Wege als durch den Kleinhandel der Lebensmittelläden an die Verbraucher gelangt und dann weit über den Höchstpreis bezahlt werden mag. Auch dürfte in mancher angeleglichen Kaminchen- oder Hühnerfleisch, die der Käufer für teures Geld erwirbt, eine nicht zu knappe Portion Rohfleisch verarbeitet worden sein. Nein, man braucht wirklich nicht lange zu fragen, wo all' das Rohfleisch bleibt, das in Berlin erschachtet wird.

Die Bevölkerung könnte mehr Rohfleisch erhalten und es billiger haben, wenn die den Viehfabriken gelieferten Fleischmengen größtenteils dem Kleinhandel zugeführt würden. Aber den Kleinhandelsinhabern ist es ja gar nicht möglich, für Schlachtvieh die hohen Preise zu zahlen, die jetzt bei den Auktionen manchmal durch Ueberbietung herausgedrückt werden. Es wird Zeit, daß man den im Verkauf der Tiere eingerissenen Preissteigerungen, die den offenen Lebensmittelläden so bedeutende Fleischmengen entziehen, ein Ende macht. Wenn das nicht auf andere Weise zu erreichen ist, so wird nur übrig bleiben, daß die Stadt selber die Rohfleischversorgung übernimmt und unter Ausschaltung des Großhandels die Kleinhandeler beliefert.

Freigabe der Kreise Teltow und Niederbarnim für Gemüselieferungsverträge.

Die Reichsgemüsestelle hatte, laut Verfügung vom 31. Januar, die Kreise Teltow und Niederbarnim für den Abschluß von Lieferungsverträgen über Herbstgemüse durch die Gemeindeverbände gesperrt. Die Kreise sind jetzt aber von der Reichsgemüsestelle zugunsten der Groß-Berliner Gemeinden mit der Freigabe freigegeben worden, daß diese zum Abschluß von Lieferungsverträgen über dort erzeugte Herbstgemüse unter Berücksichtigung der allgemeinen Bedingungen berechtigt sind. Nachträglich hat die Reichsgemüsestelle die Kreise Teltow und Niederbarnim auch für den Abschluß von Lieferungsverträgen über Frühgemüse gesperrt, zugleich aber ebenfalls zugunsten der Groß-Berliner Gemeinden freigegeben. Diese allein sind daher auch zum Abschluß von Lieferungsverträgen über dort wachsendes Frühgemüse berechtigt. Die Präsidenten von Kreisämtern Groß-Berliner Gemeinden, wo diese Güter ausliegen können, dürfen nur mit den Eigentümergemeinden Lieferungsverträge über Gemüse abschließen, sowohl über Frühgemüse als auch über Herbstgemüse.

„Der wahre Jozob“ ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Lichtspiele Tauentzien-Palast. Der Film „Der Antiquar von Strahburg“ gelangt heute zur Aufführung. Die Regie dieses Werkes ist unter künstlerischer Mitarbeit von Hans Brenner und Kosmas Gliese von Dr. Gg. Viktor Wendt. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen Sülma B. Randburg, Edith Keller und die Herren Ludwig Hartau, Bruno Eichgrün und Kurt Weidemann.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Spandauer Str. 96/97, bringen vom 8.—14. März in Aufführung den ungarischen Film „Der Dorfklump“. Hierzu zeigt die Neue Philharmonie „Feldregretel“, mit Della Rosta in der Hauptrolle, und vom 12. an „Damon Gold“ aus der Serie Sibirien—Kamelienblume.

Kausbücherei auf einen Wächter. In der vergangenen Nacht drang eine größere Bande in das Gebäude des Handelsbauers, Alexanderstr. 12, ein und warf dem Wächter einen Saal über den Kopf, setzte ihm einen Anker in den Mund und band ihn auf der Treppe fest. Ein Mann mit scharf geladenem Revolver hielt ihn durch Drohungen weiter in Schach. Unterdessen brachen die Räuber im zweiten Stock in das Geschäft von Heilbrunn ein und räumten für 100.000 M. Damensachen usw. aus. In dem Geschäft von Siegmund Raphael im vierten Stock stahlen sie für 30.000 M. Pelzwerke und andere Stoffe und schafften dann ihre reiche Beute unangefochten weg.

Feuerschutz zwischen Schupplentun und Einbrechern. Vor dem Hause Kugelsburger Str. 56 gaben in der Nacht zu Mittwoch mehrere Einbrecher auf zwei Schwärmer, die sie überfallen und verfolgt, zwei Schüsse ab, ohne zu treffen. Die Beamten erwiderten mit ihren Schwingpisolen. Die Verbrecher entkamen. Es sieht sehr, daß einige von ihnen Schutzverletzungen erhalten haben.

Missethatsches Verschwinden eines Dienstmädchens. Die 26 Jahre alte Marie Schumann, die in Wohnung in der Kaiser-Wilhelm-Strasse in Stellung war, ging am 23. vorigen Monats aus, um Steinel zu kaufen. Seitdem ist sie spurlos verschwunden. Die Vermisste trug eine blaue Jacke und einen schwarzen Hut mit weißem Band.

Wilmersdorf. Rangelhafte Fleischversorgung. In dem von uns gebachten Artikel „Kartoffeln anstatt Fleisch“ schreibt uns das hiesige Nachrichtenamt Wilmersdorf: Die Stadt Wilmersdorf wird nicht nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 6. Dezember 1917 mit Rohfleischmitteln beliefert, vielmehr ist die bei der Verteilung von den Oberherren zugrunde gelegte Zahl der hiesigen verordnungsberechtigten Bevölkerung wesentlich niedriger. Ferner erhält Wilmersdorf die für die recht zahlreichen Militärkavallerie und für die infolge der Doppelverriegelung in Groß-Berlin gerade hier ständig anwachsenden Bevölkerung aufgewendeten Fleischmengen nicht zugeführt. Diese Umstände haben im Laufe der Zeit zu einem erheblichen Manko in der Rohfleischversorgung der Stadt geführt, das wir endlich einmal beseitigen mühten, um wieder in geordnete Bahnen zu kommen. So erklärt sich die Minderbelieferung der Bevölkerung mit Fleisch in der vergangenen Woche. Langweilend ist aber die Angabe, es sei nur die Hälfte des den Einwohnern zuzurechnenden Fleisches abgegeben worden. Ein großer Prozentsatz der Einwohner hat die volle Fleischmenge erhalten. Ueberdies hatten Verordnungsbeamtliche, die kein Fleisch beziehen konnten, das Recht, an Stelle von 1/2 Pfund Fleisch 2/3 Pfund Kartoffeln zu entnehmen, eine Maßnahme, zu der andere Groß-Berliner Gemeinden aus ähnlichen Gründen bereits früher haben greifen müssen. Eine von uns dem Kriegsernährungsamt übermittelte Eingabe erstrebt die Rückichtigung der bei der Verteilung Wilmersdorfs zugrunde gelegten Zahl der Bevölkerung an. Es sieht zu hoffen, daß sich das Kriegsernährungsamt den von uns vorgetragenen Gründen nicht verziehen und die erbetene Berücksichtigung vornehmen wird. In der laufenden Woche erhält jeder Verordnungsberechtigter ohnehin wieder die volle ihm zuzurechnende Fleischmenge.

Lichtenberg. Der Jahresabschluss für 1916, den der Magistrat jetzt fertiggestellt hat, schließt mit einem Reibbetrag von 741 221 M. ab. Die Geldeinnahmen betragen 11 178 150 M., die Einnahmen 10 566 188 M. Zusätzlich der Ausgabeerträge von 134 209 M. ergibt sich die erwähnte Mehrausgabe. Gegenüber dem Voranschlag brachten u. a. mehr: die Kapital- und Schuldenverwaltung infolge höherer Zinsentnahmen 423 593 M., die Gemeindeeinkommensteuer 840 461 M., die Gewerbesteuer 290 507 M., die Vermögenssteuer 48 015 M. Dagegen brachten die städtischen Werke Lichtenbergs an Ueberüberschüssen weniger 1 892 762 M., nämlich statt 24 Millionen, wie veranschlagt, nur 608 608 M. Bei den Ausgaben wurden in mehreren Verwaltungen nicht unerhebliche Ersparnisse durch Minderausgaben an Gehältern und Löhnen, sowie an Armenverpflegung gemacht, so bei der allgemeinen Verwaltung in Höhe von 193 760 M. gegenüber dem Haushaltsplan, bei der Armenverwaltung 83 199 M., bei der Straßenreinigung 33 390 M. und bei der Verwaltung 29 894 M.

— Eingemeindungskommissionen. Die seit einiger Zeit in der Schwere befindlichen, bisher erst unverbündelt geführten Eingemeindungsverhandlungen zwischen Lichtenberg und Friedrichsfelde

solten jetzt in ansehnlicher Form weitergeführt werden. Zu diesem Zweck beantragt der Lichtenberger Magistrat bei den Stadterordneten, zur Führung der Eingemeindungsverhandlungen mit Friedrichsfelde eine gemischte Kommission, bestehend aus vier Magistratsmitgliedern und sieben Stadtverordneten, zu wählen. Zwischen einigen Vertretern beider Gemeinden ist in den Vorbesprechungen festgestellt worden, daß auf beiden Seiten der Wille zu einer Verständigung und auch Aussicht zu einer Einigung über die Eingemeindungsbedingungen vorhanden ist. Auch Friedrichsfelde hat inzwischen eine Eingemeindungskommission gewählt.

Stetig. Antrag auf Verleihung der Stadtrechte. Die Bestrebungen der Gemeindefürsprecher auf Verleihung der Stadtrechte dürften in nächster Zeit wieder in den Vordergrund treten. Die heutige Sitzung der Gemeindevorstellung wird sich mit der Frage beschäftigen, und zwar auf Grund eines Antrages des Gemeindevorordneten Hindler über die Verleihung der Stadtrechte.

Reinickendorf. Lebensmittel. Da einzelne Händler noch Käse vorräthig haben, ist dieser an diejenigen Einwohner ihres Bezirkes zu verkaufen, deren Namen mit den Buchstaben M und N beginnt.

Die zweite Lieferung Käse ist den Händlern überwiesen worden. Der Verkauf für die Einwohner mit den Anfangsbuchstaben M—Z findet vom 9. d. M. ab in den bekannten Geschäften statt. Die Lieferung besteht aus bayrischem Schmelzkäse (Käse). Der Verkaufspreis für 1/2 Pfd. beträgt 1 M. Wer seinen Käse bis zum 14. d. M. nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Reinickendorf-Weß. Die Wählerversammlung, die am Dienstagabend stattfand, hat wieder ein neues Bild unabhängiger Versammlungsführung. Nachdem die Unabhängigen vergeblich versucht hatten, sich wie in Lichtenberg der Versammlungsleitung zu bemächtigen, erklärten sie plötzlich, daß sie in der Regelversammlung nicht genügend zu Wort gekommen seien und keine Sicherheit für volle Redefreiheit hätten. Sie verließen deshalb ärmlich den Saal und bildeten dann durch den Versammlungsort Epalier, um nachfolgend vom Versammlungsbereich fernzuhalten.

In Tegel hatte, nach dem Absicht unserer Kandidaten Genossen Wiffel, das ungefähr 1 1/2 Stunden in Anstich nahm, der Unabhängige Landtagsabgeordneter Holzer eine volle Stunde — bis 10 Minuten vor Eintritt der Polizeistunde — das Wort gehabt. Und dabei warfen die Unabhängigen über Unterdrückung der Redefreiheit! Wir sind neugierig, welche Vorwürfe sie für ihren Zehnjug gegen das Versammlungsorgan noch finden werden.

Die Versammlung in West-Reinickendorf selbst nahm trotz der Störung den besten Verlauf. Der Redner Genosse Rudolf Wiffel und mehrere Disziplinäre rechneten mit der Unabhängigen Theorie und Praxis gründlich ab.

Niederlehndorf. In einer sehr gut besuchten Versammlung stellte sich am Mittwoch Genosse Wiffel seinen Wählern vor. Seine Ausführungen, die verhältnismäßig von regem Beifall aber auch vom Widerspruch der erkrankten Unabhängigen unterbrochen wurden, fanden das lebhafteste Interesse. Die Unabhängigen hatten sich den Abg. Wächter kommen lassen, der in einhelliger Rede nichts gegen Wiffels Ausführungen vorbringen konnte. Der Führer der Unabhängigen am Ort glaubte für Bescheidenheit eine besondere Konzession machen zu müssen. Hierbei plauderte er aber aus, wie wenig Jutonen die Unabhängigen selbst zur Führerschaft freigegeben haben. Dieser hat einen Hebers unterzeichnen müssen, in welchem er sich verpflichtet, daß er im Falle seiner Wahl Leberzeit sein Mandat niederlegen würde, wenn keine politischen Entscheidungen nicht mehr mit denen seiner Wähler übereinstimmen sollten. Geht jedenfalls eine Vorwahnmaßnahme, die bei Auffstellung von Kandidaten nicht üblich ist, denn solche unklaren Antonsisten sucht man sich doch einfach nicht erst aus. Aber bei dem politischen Weggang freigegeben ist sie wohl angebracht. Und da verlangt man von Arbeitern, daß sie einem Mann ihre Stimme geben sollen, dem die eigene Partei nicht über den Berg traut — Am 14. März lauziert auch in Niederlehndorf die Parole: Wählt Rudolf Wiffel!

Karlshorst. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im „Dückerheim“ (Anb. L. Schall), Treppelallee 88. Referenten: Reichstagskandidat Arbeiterzeitung Rudolf Wiffel und Reichstagsabgeordneter Rob. Schmidt.

Fichtenau-Klein-Schönebeck und Umgegend. Zahlreich Sonnabend, 9. März, in Sperlings Kurhaus, Fichtenau, Rolkestraße. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.

Reinickendorf. Die Genossen werden ersucht, sich am Sonnabend von 5 Uhr ab und am Sonntag um 9 Uhr zur Erledigung von Sabarbeiten im Lokal von Stärke, Charlottenburger Str. 3, einzufinden.

Lichtenberg. Die Mitgliederversammlung am Mittwoch erfreute sich eines regen Besuches. Genosse Wiffel hob die Wichtigkeit der Niederbarnimer Reichstagswahl hervor und forderte die Genossen und Genossinnen zu tätiger Arbeit im Wahlkreis auf. Eine große Anzahl Mitglieder erklärte sich sofort dazu bereit. Dem Gemeindevorstand wurden für die fünf erledigten Sitze in den Untergruppenkommissionen die Genossen Jacobowitz und die Genossen Deutsch, Müller, Kamminger und Pösch vorgeschlagen. Lebhaftige Klage wurde darüber geführt, daß es wohlhabenden Leuten so leicht gelingt, Nichtstun zu erhalten. Ein spezieller Fall soll im Ernährungsamt vorgebracht werden. — Fünf neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Gerichtszeitung.

Ein Breslauer „Kupfer-Projekt“.

Vor einer Breslauer Strafkammer wurde ein Prozeß verhandelt, der ein Gegenstück zum Hölle Kupfer bildet. Angeklagt sind die 23jährige Frau des Magistratskassierers Gohla und dieser selbst. Die Frau hat jahrelang ein überaus luxuriöses Leben geführt und soll sich das Geld dazu durch groß angelegte Verzögerungen verschafft haben. Sie nahm Darlehen zu hohen Zinsen auf und bezahlte dann die Zinsen aus neuen Darlehen. Ihren Geldbezug imponierte sie durch angebliche „hohe Besetzungen“. Die Schuldenlast hing schließlich auf mehr als eine Million. Der Gohla soll sie bei ihren Geschäften unterstützt haben. Als die Frau Gohla hauswirtschafter Beamten beträchtliche Lebensmittel vorfand, über deren Herkunft die Frau sich nicht zu äußern vermochte, bot sie jedem Beamten 4000 Mark Besetzungsgelder. Als die Beamten das Geld ablehnten, erklärte sie die Summe auf 5000 Mark und schließlich auf 7000 Mark. Zugleich stellte sie jedem Beamten 1000 Mark bar in die Tasche. Die Angeklagte behauptet, daß der größte Teil ihres Vermögens aus ihrem mütterlichen Erbe stamme, das 30.000 M. betragen habe.

Bei der Zeugenerhebung gab das Dienstmädchen der Familie Gohla an, daß der Gohla ein bescheidenes Leben führte,

Bierbankstrategen.

Sitzge von Karl Sätze.

Sie sahen alle drei in einer bald dunklen Ecke des niederen Lokals; der dicke Fleischer Schindler, der kleine, vertrocknete Ratschreiber Müller und der alte Martin.

Am anderen Ende des Tisches saß schweigend und die Arme aufgeschlagen ein Feldgrauer, einer von der Front.

Sonst war das Lokal leer; nur die Wirin lehnte griesgrämig am Ofen und blickte gelangweilt den erregten Reden der drei Stammgäste in der Ecke zu.

Der alte Martin hatte eben eine seiner unwahrscheinlichen, in irgendeiner „großen“ Zeitung gelesenen Geschichten zum Besten gegeben, die allgemein Zweifel hervorgerufen hatte, soviel der alte Martin auch die Echtheit der Geschichte beteuern mochte.

Der dicke Fleischermeister schlug drohend auf den Tisch, daß der Feldgrauer erschrockt, als sei eine Granate in seiner Nähe eingeschlagen, zusammenlief.

„Märchen! Nichts als Märchen! — Ich hab' mal aus einer ganz zuverlässigen Quelle eine ähnliche tolle Sache gehört! Aber die ist bestimmt so gewiselt! — Also, das war in der Champagne, in der Nähe von Reims, Hebrigen hätte man das damals im Herbstjahr ganz anders machen sollen! Selber 'ne Offenbar! Das war was gewesen! Na ja! — Also eine tolle Sache mit 'ner Patrouille: Zwei Mann tüchtige alte Kerle natürlich — ran an den Feind und in den feindlichen Geoden! Zufällig leer! Schießen keine weiter, Handgranaten in den Händen...! Da kommt die Granatabteilung der Franzosen...! Ein Leutnant und 10 Mann...! Die beiden bleichen Heben...! Lassen die Franzosen 'rankommen...! Der eine Feldgrauer winkt...! Der Leutnant, ein ganz junges Bäckchen, erwidert...! Der andere Feldgrauer zeigt drohend auf seine Handgranaten... da werfen die Franzosen die Waffen weg...! Im Gänsemarsch ziehen sie mit den beiden Feldgrauen ab — über noch der deutschen Stellung! — Haben beide das ER bekommen! Der eine hat's mit erzählt!“

Die beiden Redner hatten in atemloser Spannung den Worten des Fleischers gelauscht.

Zweifelnd meinte der kleine Ratschreiber: „Na — Schindler?! Jetzt im vierten Kriegsjahr und bei den Franzosen?“

„Was? — Glauben's nicht? — Betteln?“

„Gewiß! — Beweise, Beweise,“ verlangte drohend der alte Martin.

Entschlossen meinte der Fleischer ab.

„Nun — wenn ich's sage! — Die beiden hätten, wenn sie wollten, noch mehr machen können... Graben in die Luft sprengen, oder so etwas. Das hätte noch mehr gegogen! — Da ist doch nichts dabei — so ein paar Mann gefangen zu nehmen...!“

Der Feldgrauer am Ende des Tisches, der bisher teilnahmslos dagelegen hatte, blickte auf.

„Ich — da ist nichts dabei! Wenn ich's Ihnen sage! Ich weiß auch eine „tolle Sache“ zu erzählen! Aber wer wagt von den Herren mit mir, daß sie wirklich wahr ist?“

Der Fleischer redete sich.

„Na! — In jeder Höhe!“

„Was! Die anderen Herren mögen Scheldröcker sein! — Der hint' Mart' also!“

„Abgemacht!“

Der Feldgrauer rückte sich zurecht. Er nahm einen Schluck aus seinem Krug und begann, ganz gelassen und mit undurchdringlichem Gesicht:

„Es war in Flandern zur großen Offenbar. Wir lagen in Stellung und bekamen ein höchst seltsames Feuer! Es war kaum auszuhalten. Da dachte ich — man müßte den Engländern drüben etwas antun. Als ich eines Nachts auf Posten stand, schick ich mich hinüber, froh durch das Drahterz und landete drüben im englischen Graben. Die Engländer beachteten mich gar nicht. Ich kam ohne angehalten zu werden, nach hinten, zu den Artilleriestellungen, schließlich an die Batterien heran und stellte, als 'mal eine Kugel eintraf, die Geschütze näher ein. Also auf die englischen Graben. Das machte ich bei mehreren Batterien so. Dann schick ich mich wieder zurück, durch die gesamte englische Stellung und bezog meinen Posten wieder. Da wurde ich gerade abgefeuert. Es hatte niemand gemerkt, daß ich fortgewesen war. Das ist ja ganz einfach. Brauchen Sie nur wundern sich alles, daß die Engländer plötzlich so kurz schossen. Ich habe aber nichts gesagt — nur in mich hineingelacht! O — es passieren wirklich tolle Sachen!“

Er schwieg und sah die drei Stammgäste der Reihe nach ernsthaft an.

Verdutzt saß der dicke Fleischer drein. Er stand plötzlich auf, legte einen Fünfmarkfchein auf den Tisch und ging mit furem Grun davon. Auch die beiden andern erhoben sich und gingen mit verlegenen Gesichtern...

Der Berliner Theaterchronist.

Die Berliner Dramaturgie Siegfried Jacobsohns beweist ihre Unverwundbarkeit und nimmermüde Lebendigkeit nun schon durch 14 Jahrgänge der Zeitschrift „Die Schaubühne“ und durch sechs Bände „Jahr der Bühne“, die seine raube Dialektik auch in der anspruchsvolleren Buchform bewähren. Der Chronist eines Jahres hauptsächlich Theaterlebens hat gedundene Märchen, die häufig genau an Wissenschaft, vor Direktorenbequemlichkeit herablassend vorüberziehen mag. Die Vollständigkeit einer Übersicht gegenwärtiger Dramatik liegt nicht im Plan des Verfassers, der als Zuschauer von höchsten Ansprüchen und stets fischer Mittelbarkeit die Ereignisse und Ereignislosigkeit des Bühnenwinters an sich vorbeiziehen läßt. Aber im Ausblick Berlin überblickt er wohl doch das Weitere: Deutschland und das Weltliche: die Kunst. Dabei ist sein Talent so auf das Erfassen des Aktuellen gestellt, daß er sich mit dem Mindertüchtigen ebenso erregt und jagdfröh auseinandersetzen muß wie mit dem in sich Bedenkungschweren.

Eine der glücklichsten Verquickungen von Instinkt und Intellekt ist dieser erste und amüsanste, zugleich wichtige und verantwortungsvolle Theaterkritiker mehr als eine Begabung, weniger als ein Beruf, in jedem Zug: Persönlichkeit. Daß seine Chronik nicht in Objektivität verfaßt ist, sondern ganz durchdringt von der eigenen Willkür, ja selbstwillkürigen Subjektivität, das macht sie zu einer durchaus überholten geistigen Angelegenheit. Jacobsohn ist so ganz Jude, so ganz Berliner und so ganz Kritiker, daß dabei etwas sehr Ausgezeichnetes herauskommen muß, dem nicht jeder mit Sympathie wird gegenüberstehen können. Wer aber wollte läugnen, daß er sich, strotzend von echtem Theaterblut, weit herausbebt aus der Schär blauer oder roter Bekleidung?

Die Literatur nicht so sehr wie das Theater ist sein Feld. Seine Spekulation läuft auf den feinen, erreglichen Körper des Bekannteren; er rechnet nicht nach, sondern beleuchtet; sein Wort lehrt nicht, es spricht, tanzt, trifft — und kehrt in sich zurück. Sprache ist hier wichtiger als Erwägung, Bildkraft mehr als Logik. Ein dramaturgisches Vokabular springt aus seinen Kritiken kaum heraus, kaum markieren sich Prinzipien. Aber ein feststehendes Panorama wird entrollt, darin die ganze Farbenfülle des Theaters wappelt.

So umfaßt auch diese sechste Sammlung über ihren Gegenstand hinausgemachener Blätter einen funkelnden Reichtum. Große und geringe Abende heben auf, gewaltiges Drama mit mächtigem Stuntur und leichtem Akt, Regieart und bildige Schablonen, Profile und Typen; alles wird wieder lebendig. Wer nie Raikowich gesehen, schwärmt von ihm, nachdem er Jacobsohn hat erzählen hören. Klaffter finden neue Schan, die alle verrottete Literaturgeschichte abstreift; Ringende müssen auf Herz und Nieren sich ausweisen; Schwärmer wird überlegen perfiliert. Empörung und Begeisterung begleiten immerdar den jüdisch Wortgewandten, dem immer wieder in seiner Wandlung, Gestaltenreichtum und Problemschwere das Theater zum Erlebnis wird. Willi Wolfradt.

Die Presse als Kriegsinstrument.

Seit Beginn des Krieges hat die deutsche Presse eine beträchtliche Zahl jüngerer und älterer Schriftsteller in Frontal- und anderen Stellen in Dienst genommen. Der Plan in einem solchen Vorhaben ist schon recht alt. Datum. So heißt es in einer Denkschrift, die der preussische Minister des Innern, Graf Bernstorff, im Jahre 1881 an den König Friedrich Wilhelm III. richtete, folgendermaßen:

„Zur Aufrechterhaltung, klarerer Begründung des Sinnes für Recht und Ordnung kann ohne Zweifel auch die Presse wesentlich beitragen. Es ist deshalb gemäß sehr zu bedauern, daß sich jetzt zu wenige tüchtige Männer erheben, um jene gute Sache des Rechts und der Ordnung gegen die Angriffe, denen sie besonders in ausländischen Blättern ausgesetzt ist, mit Ernst und Eifer zu verteidigen. Damit die Herausgabe von Zeitungen oder periodischen Blättern, welche sich diesem Zwecke widmen, nach Möglichkeit gefördert werde, möchte es schon jetzt an der Zeit sein, hierzu Schriftsteller von Talent und...“

*) Siegfried Jacobsohn: „Das Jahr der Bühne“. VI. Band. 1918—1917. (Dietrich, Berlin.)

guter Gesinnung zu gewinnen, bei denen die letztere sich in der Meinung offenbaren, durch ihre Feder die Lösung der schwierigsten der Regierungen obliegenden Aufgabe zu erleichtern. Immerhin könnte man ihnen dabei — sofern ihre Verantwortlichkeit hinreichende Garantie gewährt — freieren Spielraum gestatten, ohne jedoch im allgemeinen eine wesentliche Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zensur eintreten zu lassen; denn diese wird auch im Falle eines Krieges nicht entbehrlich werden können, so wenig man übrigens der Vergeisterung, welche mit Wort und Schrift der Sache des Vaterlandes gegen den auswärtigen Feind verteidigen will, Einhalt zu tun haben dürfte.“

Die Antwort des Königs auf diesen Vorschlag lautete:

„Was die anderweitigen, Ihrer Darstellung hinzugefügten Vorschläge betrifft, so ist zwar rasant für die Sache des Rechts und der Ordnung einschlägliche Schriftsteller zu gewinnen; bei der anerkannten Schwierigkeit aber, solche Schriftsteller zu ermitteln, die mit den erforderlichen Kenntnissen und Talenten auch eine gute Besinnung und den erforderlichen Eifer für das Angemessene verbinden, wird die Benutzung der Presse für den Fall des Krieges vorzuziehen sein.“

So weit liegen die Kräfte einer Entwicklung zurück. Wie im gegenwärtigen Kriege, man kann wohl sagen, zur Vollreise gelangen ist!

Eine Luftverkehrsanstalt in Norwegen.

Die Begründung einer großen norwegischen Luftverkehrsanstalt ist in Angriff genommen worden, indem sieben, wie uns aus Kristiania geschrieben wird, eine Anzahl einflussreicher Männer der norwegischen Gesellschaft, der Technik und des öffentlichen Lebens zur Beteiligung an der Aktiengesellschaft „Luftvebetet“ eingeladen haben. Gerade für Norwegen würde ein organisierter Luftverkehr von größter Bedeutung sein, da die verschiedenen Teile des Landes infolge der großen Ausdehnung des Reiches und der natürlichen Hindernisse noch sehr miteinander zum Teil recht schlecht verbunden sind. Der Leiter der Flugbootfabrik der norwegischen Marine, Kapitän Dehli, hat für die Luftverkehrsanstalt einen Fahrplan ausgearbeitet, der die ganze Bedeutung des neuen Unternehmens erkennen läßt. In Aussicht genommen ist eine Fahrt von Kristiania aus, die längs der Küste nach Kristiansand, Stavanger, Bergen, Tromsø und weiter hinaus bis in den allerhöchsten Norden, bis zur finnischen Grenze nach Kirkenes führen soll. Außerdem sind Nebenverbindungen von Kristiania nach Bergen und Tromsø geplant, und von Stavanger soll eine Linie nach Aberdeen, von Kristiansand eine solche über Götterburg nach Kopenhagen gehen. Bei vorläufiger Berechnung wird die Fahrzeit Kristiania—Kopenhagen auf 4 1/2 Stunden angesetzt, während die gewöhnlich tagplanmäßige Verbindung zwischen diesen beiden Städten in Friedenszeiten etwa 18 Stunden gebraucht. Von Kristiania nach Stavanger soll man in 4 1/2 Stunden, von Stavanger nach Bergen in 1 1/2, von Bergen nach Tromsø in 4 Stunden gelangen; das sind Entfernungen, die heute überwindend mehrtägige Schiffsreisen erfordern. In 4 Stunden (heute etwa 30) wird man von Kristiania nach Tromsø und in 2 1/2 Stunden (gegenwärtig 15 mit der Eisenbahn) von Kristiania nach Bergen fliegen können. Am allerwichtigsten aber würde es sein, daß durch den Luftverkehr das bisher ganz entlegene norwegische Nordland näher herangezogen werden könnte, denn statt der tagelangen Fahrt, durch die man heute von Provinz nach Provinz gelangt, würden dann für dieselbe Strecke nur elf Stunden gebraucht werden, und bei günstiger Entwicklung des Luftverkehrs würde es möglich sein, wenn man des morgens um 7 von Kristiania abfliegt, um 12 Uhr nach Kirkenes zu erreichen. Dieser Weg ist gegenwärtig unter acht bis zehn Tagen kaum zurückzulegen.

Notizen.

— Märchenvorlesung. Am Sonntag wird Friedel Hingel in der öffentlichen Leihhalle, Rungestr. 25, Märchen vorlesen. Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

— Die Hauptsache der Ukraine. Unter den Schögen der Ukraine sind in erster Linie außer den Erzeugnissen der Landwirtschaft, die Lager an Kohle und Eisenerzen erwähnt worden, wichtiger aber sind zwei andere Mineralorkommen, in deren Bezug Deutschland fast ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist. Das ist einmal das Manganzin, durch dessen Mangel für die deutsche Industrie allein England den Krieg in kurzer Zeit zu gewinnen hoffte, und ferner große Lager von phosphorhaltigem Kalk, der in Hunderttausenden von Tonnen zur Herstellung von künstlichem Dünger für die Landwirtschaft über See hat bezogen werden müssen.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Steidig.

Die Dombrowski sah aufrecht im Bett, der Mond beschien ihr angstverzerrtes Gesicht, es sah geisterbleich aus. Gertrud bekam einen Schreck: sollte Dombrowski wiederkommen? Sie lauschte, aber es waren keine Schritte zu hören. „Da ist niemand,“ sagte sie beruhigend.

„Doch, doch!“ Die Frau ließ sich nicht überzeugen, obgleich Gertrud ans Fenster ging und hinauslauschte. Derweilen kroch sie ganz unter die Decke, zog sich die bis über den Kopf.

„Das ist nur der Nachtwind.“ Es rauschte draußen, es huschelte ums Haus. „So mach's immer, wenn es windig ist.“

„Weh, Fräulein, ach nein!“ Die Frau weinte fast. „Wenn Sie wüßten, was ich weiß — der kommt gewiß wieder. Ich hab' so schrecklich geträumt.“ Sie stieß plötzlich einen gellenden Schrei aus und klammerte sich an Gertrud. „Hören Sie, da ruht er schon!“

Ein Knag klagte langgezogen, er mußte dicht beim Hause sitzen, vielleicht gar am Fenster hinter den ausgebrochenen Blauerzweigen. Es klang so nah, als ob er in die Stube käme.

Nun fing es auch Gertrud an zu überhauern. Da konnte es einem ja wirklich grantlich werden: der schauerlich klagende Rauschenruf, die zitternde Frau! Aber sie nahm sich zusammen. „Waffen Sie mich doch los!“ Sie versuchte sich freizumachen. „Ich werd' einmal zum Fenster raus in die Hände klaffen, daß er forschliegt.“

Aber die Dombrowski gab sie nicht frei: „Nein, nein, — er kommt, er kommt rein. Ach, ich hab' so 'ne Angst. Er holt mich, er holt mich!“ Sie wimmerte und steckte den Kopf ins Kissen.

Das waren Nächte, die nicht dazu taugten, den Menschen frisch zu machen und fähig zur Arbeit. Es war Gertrud ganz reut, daß die Dombrowski nun davon sprach, mehr hinein in den Ort zu ziehen. Sie fühlte, wie die Unruhe und Unrast der Frau sie selber mit antrieb. Es würde sich ja auch schon für sie dort eine Stube finden; so billig wie hier würde sie freilich wohl nie mehr wohnen. Das machte ihr Sorge; aber so war es eben hier nicht mehr auszuhalten. Ihr Land hatte die Dombrowski längst abgegeben,

einen Pächter hatte sie sofort dafür gefunden; am liebsten wäre sie auch noch am gleichen Tage aus dem Hause fortgegangen; mit Mühe nur hielt Gertrud die Unbejonnene zurück, auch das Loszugeschlagen um jeden Preis. Fort wollte die Dombrowski, fort, hier war's ihr verbleibt.

Es war ihr alles verbleibt. Ihre Putz- und Waschküchen hatte sie aufgegeben, bei der Generalin, bei Frau Koffi, bei der Frau Geheimen Rechnungsrat, alles Stellen, auf die sie früher stolz gewesen war. Dazu arbeiten? Sie hatte einen Widerwillen dagegen. Die früher einst so Lebhaft war langsam, die Lustige einsilbig geworden. Anderen fiel das weniger auf als Gertrud; sie wußte auch, woher das kam; der tat vieles leid. Herr Dombrowski hatte noch nicht geschrieben — würde er überhaupt jemals wieder schreiben?

Die Kinder fragten nach ihrem Vater. Erich kam kräftig-verbissen heim aus der Schule; von seinem Nebenmann war der Vater gekommen, der Junge hatte so viel erzählt. Dem sein Vater hatte tausend Franzosen totgeschossen und tausend Engländer; und ein lieber Vater war der, er hatte seinen Ernst hochgehoben und geküßt, und was mitgebracht hatte der ihm auch. Warum kam denn sein, dem Erich sein Vater, nicht? Auch Rinna wußte zu erzählen, daß von andern Kindern der Vater da war.

Die kleinen Dombrowskis waren voller Ungebuld. Täglich trieben sie sich am Bahnhof herum, da saßen sie viele Jüge aus- und einlaufen, Menschen aus- und einsteigen, und wunderten sich: ihr Vater war noch immer nicht darunter.

Die Mutter mochte es nicht hören, wenn sie fragten: „Laßt doch das ewige Geirage,“ sagte sie unwillig. Da schlug der Junge nach ihr: „Du! Du magst Vatern nicht, du willst nicht, daß er kommt. Ich mag dir auch nicht.“ Die Frau weinte; der Bengel war zu ungezogen.

„Schreiben Sie doch mal an Herrn Dombrowski,“ redete Gertrud zu. „Es kann alles noch wieder in Ordnung kommen. Schreiben Sie ihm, wie leid es Ihnen tut.“ Das brachte die Dombrowski aber nicht fertig; es war ja doch alles umsonst.

So verließen sie denn am ersten Juli das Haus. Frau Dombrowski hatte es sehr billig vermietet, sie sollte ja nicht viel für die alte hausfällige Wade verlangen. Der Mann, der ihr Land gepachtet hatte, hatte nun auch das Haus genommen.

Er arbeitete in der Fabrik, die weiter draußen am Kanal lag; da hatten sie vor dem Seide gewebt, jetzt machten sie Munition.

Es war ein Abschied, den Rinna Dombrowski herbeigeführt hatte, und der ihr nun doch nicht leicht fiel. Die Kinder trauten sich, denen gefiel es besser drin im Ort; da hatten sie mehr Abwechslung. Sie rannten bergnähig schreiend hinter dem Wagen her, der die wenigen Möbel und all das Gerümpel, das sich angesammelt hatte, hincintrumpelte. Aber die Frau sah sich oft um: es hatte doch auch gute Zeiten hier draußen gegeben. Wenn sie's recht bedachte, der Stanislaus war immer nett zu ihr gewesen — sehr gute Zeiten waren es gewesen! Und sie sah sich um, solange sie noch das kleine Schößt sehen konnte, das wie ein großer Maulwurfs- hügel aus dem Grün der Felder tauchte.

Gertrud, die solange schon mit dem Gedanken umgegangen war, die entlegene Wohnung aufzugeben, fühlte nun es so weit war, doch auch Bedauern. Sie hatte eine billige Stube gefunden, ganz am entgegengelegten Ende des Ortes, aber wieder ein wenig weit draußen, denn mitten drin war alles zu teuer. Die alte Frau Richter, bei der sie gemietet hatte, war billig mit der Wohnung, weil sie nicht gern allein dreiben wollte. Man hatte ihr jetzt auch den letzten Sohn eingegeben, auf den sie geglaubt hatte, sicher rechnen zu können, war er doch von Kindheit auf schwächlich und hatte zudem einen kleinen Verdruss. Aber er war genommen worden zum Irren. Der Mann war zwar noch da, aber der galt für nichts; er war schlaftrübig und ein gelinder Simpel. Die Richter versprach Gertrud, für den Kleinen zu sorgen, wenn sie zur Arbeit weg war, und so hatte sie zugestimmt.

So hörte sie denn des Nachts nicht mehr das unruhige Sichwerfen der Dombrowski, nicht deren angstvolle Schreie im Schlaf, und wurde nicht aufgeweckt durch die nach ihr tastende Hand. Dafür grummelte jetzt nebenan die fallende Stimme des Simpels, der seine Frau alle halbe Stunde fragte, wieviel Uhr es sei und ob der Krieg bald aus wäre. Vater Richter hatte nur nicht ein einziges Interesse: das Essen. Und das war jetzt knapp; er konnte nicht mehr sonntags mal herum ums Brot kriegen. So grünte er denn wie ein unverständiges Kind: „ne Stulle, Mutter, ne Stulle! Oh mer noch 'ne Stulle — Hunger, hab Hunger!“ Es hörte sich schrecklich an. (Fortf. folgt.)

Werte, dahin zu wirken, daß die Löhne in der Rüstungsindustrie herabgesetzt werden, nur damit die Löhne der Eisenbahnverwaltung nicht höher steigen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat der Eisenbahnminister und sein Reformprogramm für die Zeit nach dem Kriege vorgezogen. In gewisser Weise lehnt er sich an die Forderungen des früheren Ministerialdirektors Reichhoff an, geht aber lange nicht weit genug. Die erste Klasse soll in D-Zügen mit Ausnahme der internationalen D-Züge abgeheftet werden, so daß etwa nur noch 25 Proz. der D-Züge die 1. Klasse haben werden. Da aber Süddeutschland damit nicht einverstanden ist, müssen die Züge in Süddeutschland mit 1., 2. und 3. Klasse fahren. Dieser Widerstand der kleinen Eisenbahnverwaltungen gegen die Notwendigkeiten der großen preussischen Verwaltung bewirkt, wie dringend geboten es ist, endlich zur Reichseisenbahn überzugehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die 1. Klasse unrentabel ist, ist längst erwiesen. Von zwei Abteilen ist immer nur ein Platz belegt. Es ist aber wirtschaftlich verkehrt, wenn man auch nach dem Kriege die D-Züge, die ja 1. und 2. Klasse führen, beibehalten will. Das bedeutet eine große Benachteiligung der Reisenden 3. Klasse. (Sehr richtig!) Wer wünscht ferner, daß auch

in die D-Züge Wagen 4. Klasse

eingestellt werden. Jetzt will man einige Güter mit 4. Klasse fahren lassen, aber nur nachts. Wir sind überzeugt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung zwingen werden, in den Reformen bald erheblich weiter zu gehen. In der 4. Klasse müßte man in den Fahrplänen noch immer zu, mit einem Steigplatz vorlieb zu nehmen. Nur bei dem Güterverkehr in der 4. Klasse sollen die Höchstpreise auf einen Einheitspreis haben. Notwendig wäre auch die Einführung von Schlafwagen 3. Klasse, ferner die Erleichterung des Verkehrs durch Sonntagsfahrpläne und Kleinmehrerleistungen. Die Verkehrsverhältnisse sind leider noch immer im Steigen. Soweit sie mit Kriegsnotwendigkeiten zusammenhängen, nimmt sie die Bevölkerung ruhig in Kauf. Große Kritik herrscht aber über die Beschränkung des Sonntagsverkehrs. (Sehr wahr!) Innerhalb ist die Erhebung der doppelten Fahrkarten für D-Züge. (Sehr richtig!) Es muß auch den weniger Bemittelten Gelegenheiten gegeben werden, die D-Züge zu benutzen. Die notwendigen Bauten der Eisenbahnverwaltung sollen so in Angriff genommen werden, daß die zurückbleibenden Arbeiter dabei beschäftigt werden können. Die Unternehmer, mit denen die Verwaltung Verträge abschließt, müssen unbedingt verpflichtet werden, bestehende Tarifverträge einzuhalten. (Sehr richtig!) Der Vortrag über die

Ergebung der Eisenbahnreflektoren an Reimar Hobbing

Ergebung der Eisenbahnreflektoren an Reimar Hobbing. (Sehr richtig!) Der Vertrag hat nicht nur eine fiskalische, sondern auch eine politische Seite. Reimar Hobbing hat bekanntlich seit dem 1. Januar die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ übernommen; fast alle amtlichen Drucksachen werden ihm übergeben. Außerdem stellt der Verlag auch die meisten Drucksachen der Altpreussischen her. Es gibt Leute, die meinen, daß mit diesem Monopolvertrag das Defizit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gedeckt werden soll. (Hört, hört!) So groß dürfte das Defizit aber kaum sein. Einzelne sind, daß dem Verlag das alleinige Recht vorbehalten ist, Drucksachen in die Eisenbahnzüge zu legen. Da werden wir es wahrscheinlich erleben, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit einer Unmasse von Inseraten unter Vermittlung der „Ala“ an die Reisenden in den D-Zügen verteilt wird. Das wird ein glänzendes Geschäft für den Verlag sein, der ohnehin bei seinen altpreussischen Schriften von der Papiernot nichts zu spüren scheint. 50 Proz. von den Einnahmen soll der Verlag an die Eisenbahnverwaltung abgeben. Aber was wird unter Einnahmen verstanden? Nach dem Vertrage gehen davon ab alle Ausgaben, die entfallen für die Anbringung der Reflektoren, für die Herstellung der Reflektoren, für Gravationen, die der Verleger bekommt, und ähnliches. Dieser Vertrag bedeutet eine maximale Ausbeutung derjenigen, die gezwungen sind, Eisenbahnreflektoren zu treiben. (Sehr richtig!) Der Minister meinte, er denke bezüglich dieses Vertrages ganz sachlich. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Verwaltung einen Unternehmer Millionen verdienen läßt an einem Unternehmen, das sie selbst betreiben könnte. Wenn der Minister auf die Möglichkeit hinweist, daß der Verleger Künstler für die Reflektoren Beschäftigung geben werde, so befürchten wir weit eher eine Ausbeutung der Künstler. Sehr unvorsichtig ist die Abschließung des Vertrages auf 15 Jahre. Hoffentlich ist es noch möglich, den Vertrag zu lösen, bei dem zweifellos die Interessen der Eisenbahnverwaltung nicht genügend gewahrt sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Geiser (H. Soz.), der als nächster Redner aufgerufen wird, ist nicht im Saale anwesend.

Abg. v. Wobna (H.). Meine Ausführungen über das parlamentarische System habe ich mir nicht an den Fingern gelogen, sondern mir sind in Belgien über die Nachteile dieses Systems die Augen geöffnet worden. Politische Parteien dürfen nicht Einfluß bekommen auf die Besetzung öffentlicher Ämter. (Gelächter links. Zuruf: Heute haben Sie diesen Einfluß!) Bei und regiert eine breite Masse verständiger Staatsbürger. (Gekanntes Lachen links.)

Minister v. Breitenbach: Der Vertrag mit der Firma Reimar Hobbing liegt lediglich im fiskalischen Interesse. Es besteht nicht der leiseste Zusammenhang mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Dem Ausschuss haben wir davon keine Kenntnis gegeben, weil man das nicht verlangt hat. Sonst hätten wir den Vertrag ohne weiteres mitgeteilt.

Abg. Eymann (Soz.): Die Behauptung des Herrn v. Wobna, in Preußen herrsche heute der breite Mittelstand, können wir nicht ernst nehmen. Oder rechnet sich Herr v. Wobna selbst zum Mittelstand? (Gelächter links.)

Es folgt die Besprechung über die Beamten und Arbeiterfragen.

Abg. Schmidt-Lang (Z.) erörtert eine große Anzahl von einzelnen Beamten- und Arbeiterfragen.

Abg. Wagner (H.) wendet sich gegen einige Petitionen, die die Einführung des Alfordsystems verlangen.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Montag, 11 Uhr, vertagt. (Außerdem Etat der Handel- und Gewerbeverwaltung.) Einlaß: 4 1/2 Uhr.

Der Papierkorb des Bundesrats.

Eine eben erschienene Uebersicht über Entscheidungen, die der Bundesrat zu den Beschlüssen des Reichstages gefaßt hat, ist diesem zugegangen. Sie läßt erkennen, daß die Beschlüsse des Reichstages in vielen Fällen zu einem praktischen Ergebnis nicht geführt haben. In anderen Fällen haben sie Erfolg gehabt.

Abgelehnt wurden u. a. die Beschlüsse des Reichstages auf Einführung einer Kommission zur neuerlichen Prüfung des Impfwesens, auf Gewährung eines zweiten Budgets an die Soldaten, auf Aufhebung bestimmter Erlasse, durch die einzelne Generalkommandos Teile der Bevölkerung zu landwirtschaftlicher Zwangsarbeit herangezogen haben. Den Soldaten soll nur Fußzeug gewährt werden, das ohne ihre Schuld verloren gegangen oder unbrauchbar geworden ist (wie soll das festgestellt werden?); bezüglich der Verordnungen der Generalkommandos soll Vorfrage getroffen werden, daß sie sich streng im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen halten. In den Beschlüssen des Reichstages auf Milderung der Zensur wird erklärt: Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur. Diese ist auf die Wahrnehmung der Interessen der Kriegführung beschränkt. Die militärische Zensur kann aber nicht nur das Gebiet der Mitteilung

von Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik, soweit durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten, umfassen. Der Begriff „Tatsachen der Kriegführung“ ist zu eng, aus dem gleichen Grunde ist es auch nicht angingig das Verbot von Zeitungen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen eintreten zu lassen. Eine Regelung, daß Verbote von Zeitungen und Zeitschriften nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen dürfen, stehen praktische und rechtliche Bedenken entgegen. Durch Erlass des Herrn Kriegsministers vom 18. November 1917 ist angeordnet, daß der Herausgeber einer Zeitung vor Anordnung des Verbots über die Gründe, die zu diesem Gebot haben, zu hören ist. Durch den gleichen Erlass ist bestimmt, daß das Erscheinen von Zeitungen zunächst auf die Dauer weniger Tage, das Erscheinen von Druckschriften zunächst für einige Nummern zu verbieten ist.

Schule oder Massenquartier?

Der Abg. Stahl (Soz.) hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Mit dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Kriegsministerium zwei der Stadt Spandau gehörende Schulen, und zwar die 8. und 12. Gemeindeschule, trotz Beyerung des Magistrats, zu Wohnungszwecken für Munitionsarbeiterinnen in Gebrauch genommen hat? Die Stadt forderte gestattungsermächtigt zum Ausgleich ihrer Verpflichtungen einen monatlichen Mietpreis von 4000 M für beide Schulen, der vom Kriegsamte abgelehnt wurde. Durch Anwendung des Kriegsausgleichsgesetzes wurden die Schulräume mit Beschlag belegt und wird der Stadt keinerlei Entschädigung gewährt. Die Militärverwaltung fordert von den einmündigsten 200 Arbeiterinnen der einen Schule einen wöchentlichen Mietpreis von 4 M. Eine Beschwerde des Magistrats gegen dieses Vorgehen beim Kriegsbeschäftigungsamt ist zurückgewiesen worden, eine weitere Beschwerde beim Kriegsministerium harret noch der Erledigung. Trotzdem das Verfahren sich noch in der Schwere befindet und trotz Protestes der Stadtverwaltung wurden in den Schulen hässliche Veränderungen vorgenommen, die die Ueberführung der Räume zu ihren eigentlichen Zwecken auch nach ihrer Räumung durch die Militärverwaltung für längere Zeit unmöglich machen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der Stadt Spandau zu ihrem Rechte zu verhelfen und die offensbare Schädigung der Stadt und des Schulunterrichts zu beseitigen?

Es wird weiter duelliert.

Auf eine Anfrage der Abg. Erzberger und Trimborn hat der Reichskanzler geantwortet:

Durch die Allerhöchste Order vom 1. Januar 1907 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfen von Offizieren vorzubeugen. Sie haben sehr segensreich gewirkt. Am Reichstages 1918 hat Seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps erneut zu strenger Selbstkürzung in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen.

Ein Armeebefehl, der den Offizieren den Zweikampf untersagt, würde den gewünschten Erfolg nicht haben, solange nicht anderweitige ausreichende Garantien für den Schutz der Ehre geschaffen sind.

Die Darlegungen des Reichskanzlers sind unverständlich. Garantien für den Schutz der Ehre gibt das Strafrecht mit seinen Bestimmungen über die Bestrafungen von Verleumdungen. Wie kommt der Reichskanzler dazu, diese Bestimmungen für eine kleine Personengruppe für unzureichend zu erklären, mit deren Schutz sich doch alle andern begnügen müssen? — Noch viel auffälliger ist aber die Behauptung des Reichskanzlers, daß ein Armeebefehl, der den Offizieren den Zweikampf untersagt, nicht den gewünschten Erfolg haben würde. Damit bezweifelt der Reichskanzler die militärische Disziplin und Subordination des Offizierskorps. Wir haben bisher immer gehört, daß in der Armee ein jeder, ob an hoher oder untergeordneter Stelle, bedingungslos dem Befehl der vorgelegten Stelle zu gehorchen hat. Wie können uns auch keines weiteren Falles erinnern, in dem für notwendig gehaltenen Befehle unterlassen worden sind, aus dem Grunde, weil sie vielleicht von dem oder jenem nicht befolgt werden würden.

Wer zweien Röße hat . . .

Ein Berliner Blatt hatte die Nachricht gebracht, die Reichsbesoldungsstelle bereits eine allgemeine Besoldungsliste der im privaten Besitz befindlichen Männergarderobe vor. Jeder dürfe bis zu zwei Anzügen behalten; alles was mehr vorhanden sei, solle beschlagnahmt werden. Diese Nachricht hat viele von denen, die mehr als zwei Anzüge haben, in Aufregung versetzt. Die genannte Reichsbesoldungsstelle besitzt sich nun zu erklären, daß ihr die Absicht, sich bei der Regelung der Besoldungsfrage des alten bürgerlichen Programms zu bedienen, zu Unrecht unterstellt werde. Die Besoldungsstelle weiß es weit von sich, einen konsequenten Schritt beschließen zu haben. Es bedürfe nur der Plan, eine Sammlung auf Grund freiwilliger Abgaben der vorhandenen Oberleiber vorzunehmen. Diese Sammlung solle vor allem den Zweck haben, die Munitionsarbeiter mit Arbeitskleidern zu versorgen. Wie konnte man auch nur glauben, daß eine Reichsstelle in die Schranken der Reichen sehen wolle!

Anerkennung von Kriegsdienstbeschädigung

Das Mannschaftsüberordnungsgesetz von 1906 macht bekanntlich einen Unterschied zwischen Dienstbeschädigungen und Kriegsdienstbeschädigungen. Nur wer als Kriegsdienstbeschädigter anerkannt ist, erhält zu seiner Invalidenrente die Kriegsauslage von 15 M. monatlich. Das hat zu mancherlei Härten geführt. Jetzt wird ein Erlass des Kriegsministeriums vom 30. Januar 1918 bekannt gegeben, durch den die bisherigen Grundzüge für Kriegsdienstbeschädigung erläutert und ergänzt werden.

Nach diesem Erlass ist jede Dienstbeschädigung, die auf die besonderen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen und in der Zeit von Beginn der Mobilmachung bis zur Beendigung der Demobilisierung erlitten wird, als Kriegsdienstbeschädigung anzusehen. Während des im vorherigen Teil des Kriegesgebietes eines Kadettes, daß derartige besondere Verhältnisse vorgelegen haben, nur ganz ausnahmsweise bedarf, kann im weiter rückwärts gelegenen Teile des Kriegesgebietes auf diesen Nachweis oft nicht verzichtet werden. Jedoch ist bei der Ausführung des mit den militärischen Operationen zusammenhängenden Kriegsdienstes das Vorliegen besonderer Kriegsverhältnisse ohne weiteres anzunehmen. — Diese Grundzüge werden dann noch durch den Erlass im einzelnen erläutert. So kommen für Angehörige im mobiler

Formationen im Heimatgebiet als besondere Verhältnisse des Krieges, die die Annahme von Kriegsdienstbeschädigung begründen können, lediglich besonders nachgewiesene kriegerische Ereignisse oder Zustände in Betracht. Beim Garnison- und Ausbildungsdiens können solche Zustände nur dann als vorliegend angesehen werden, wenn erwiesenermaßen lediglich durch den Krieg bedingte und über das Friedensmaß hinausgehende außerordentliche Anstrengungen oder Entbehrungen über dem Leben und der Gesundheit gefährliche Einflüsse vorgelegen haben. Der Tatbestand muß in solchen Fällen besonders einwandfrei gefaßt werden.

Nach unserem Dafürhalten sollte der Unterschied zwischen Dienstbeschädigung und Kriegsdienstbeschädigung gänzlich fallen gelassen werden. Wer in Ausübung der Wehrpflicht während des Krieges eine Beschädigung erlitten hat, — ganz gleich, ob im Feld, Stappe oder Heimat — sollte als Kriegsdienstbeschädigter angesehen werden.

Frauen in die städtische Verwaltung.

Oberbürgermeister Dr. Scholz Charlottenburg hat zu der im Herrenhaus bevorstehenden Beratung des Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung einen Antrag gestellt, der durch entsprechende Abänderung des § 60 der Städteordnung die Möglichkeit eröffnet, in die städtischen Deputationen auch Frauen als Mitglieder durch die Stadtverordneten-Versammlung wählen zu lassen. Der Antrag entspricht einem von den städtischen Körperschaften Berlins und der Reichsstadt Weimar einstimmig geäußerten Wunsch.

Der Hauptausfluß des Reichstages verhandelt am Donnerstag über Zwangsliquidationen und zwar zunächst über die Liquidation der Werke von de Wendel. Die Verhandlungen waren streng vertraulich.

Wethke Reventlow. In einem am Mittwoch in Charlottenburg gehaltenen Vortrag über den „Deutsche Tageszeitung“ ausführlich berichtet, sprach Graf Reventlow den Wunsch aus, das Wort „Versündigung“ möchte von der Zensur verboten werden. Seine größte Sorge drehte sich darum, daß auf den russischen Frieden bald der Friede mit England folgen könnte. In allen Tonarten warnte Reventlow vor der Annahme eines Verständigungsfriedens, den uns England nach seiner Ansicht halb anbieten würde. Dabei entfloß seinem Munde auch folgender Satz:

Die amerikanischen Werbegelder werden fliehen und werden wirken, und die Linie wird sagen: Wollt ihr dem hungernden Volke den Frieden vorenthalten? Ist es erst so weit, so haben die Feinde ihr Ziel bei uns erreicht.

Der Versuch, einen Zusammenhang zwischen amerikanischen Werbegeldern und der Friedenspolitik der Linken zu konstruieren, entspricht ganz dem geistigen Niveau dieses altpreussischen Klappsechters.

Parteinachrichten.

Auch Vernstein zieht den Trennungsfrieden.

Nachdem es wochenlang den deutschen Sozialdemokraten von den Unabhängigen als schlimmster Verrat“ ausgelagt worden ist, ein Wort der Kritik gegen die Bolschewiki zu sagen, ist man erlaubt, in der unabhängigen „Sozialistischen Auslandspost“ folgende Ausführungen Eduard Vernsteins zu lesen:

„Wie es aber auch mit den materiellen Mitteln der Verteidigung Rußlands nach oben stand, so konnte sie von den Bolschewiki schon deshalb nicht wirksam betrieben werden, weil diese vom Beginn der Rückkehr von Lenin und Genossen nach Rußland an ihre Agitation darauf eingeleitet hatten, das Meer für jeden militärischen Zweck zu demoralisieren und den unzerstörbaren Frieden zu fordern. In welchem Widerspruch sie sich dadurch mit ihrer Verklärung des demokratischen Friedens setzten, daß sie den unzerstörbaren Frieden nur haben konnten, wenn sie bereit waren, auf den demokratischen Frieden zu verzichten, den demokratischen Frieden aber nur sicherstellen konnten, wenn sie seine Verteidigung organisierten, habe ich deutlich genug dargelegt. Ich erlaube gern, daß Trotski und Genossen bei den Verhandlungen in Breit-Litowsk das Wohlgefallen haben, was geschähe Dialektik im Sinne, einen Friedensschluß demokratischen Charakters für Rußland und dessen Handhüter zu erwirken. Aber bei Verhandlungen im Kriege hat nicht die Dialektik des Geistes, sondern die Dialektik der Waffen das letzte Wort.“

Das konnten die Bolschewiki sich im voraus sagen. Statt aber danach zu handeln, haben sie sich und ihre Gläubigen mit dem Hinweis auf eine in Deutschland und merkwürdig wo noch bevorstehende Revolution getrostet. Hier ist es unmöglich, von einem blühenden Irrtum zu sprechen, ganz abgesehen davon, daß für Volkstäter, und ganz besonders für Volkstäter in regierender Stellung, der Irrtum keine Entschuldigung ist, sondern gänzlichfalls als Minderungsgrund angesehen werden kann. Indes war ein Irrtum über die Nähe einer Revolution in Deutschland bei Lenin ausgeschlossen, die über die Macht- und Parteienverhältnisse in diesem Lande so reichliche Erfahrungen zur Verfügung hatten, wie Lenin und Genossen.

So kann die Kritik sie nicht von dem Vorwurf freisprechen, für das Gift Rußlands mitverantwortlich zu sein. Sie kann ihnen auch nicht gestatten, ihr Teil der Verantwortung dadurch zu verringern, daß sie den Sozialisten der Zentralmächte und der westlichen Länder zurufen, nun ihrerwegen schleunigst Revolution zu machen und dadurch den Handhütern die Freiheit zu verschaffen, die sie selbst für jene verspielt haben. Revolutionen machen sich nicht auf Wunsch und unter allen Umständen.“

Damit zieht Vernstein den Trennungsfrieden zwischen den Unabhängigen und den Bolschewiki, spricht er sich unerbötlich für die nationale Verteidigung aus. Aber gilt die nationale Verteidigung nur für Rußland? Oder darf man mit ihr erst beginnen, wenn man schon auf dem Hund ist?

Letzte Nachrichten.

Gegen den Frieden in Breit-Litowsk.

Petersburg, 6. März. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur legte im Sowjet v. Moskau bei der Behandlung der Friedensfrage der Sozialrevolutionäre der linken Tschechenpanow die dringende Notwendigkeit des Kampfes dar und schlägt vor, sich an die Bauern und Arbeiter zu wenden.

Japan und Amerika.

New York, 6. März. Nach einer halbamtlichen Meldung der „Associated Press“ aus Washington haben sich Japan und seine Verbündeten auf den Grundtag geeinigt, daß, wenn sich deutscher Einfluß in Sibirien in schädlicher Weise geltend macht und unmittelbare Gefahr für den Verlust an Kriegsgegenständen besteht, Japan berechtigt sein sollte, militärische Maßnahmen zu ergreifen, um seinen Verpflichtungen gemäß den Frieden im fernsten Osten für die Dauer des Krieges zu erhalten. Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, ob Japan bei einer solchen Unternehmung unschuldig werden soll. Die Vereinigten Staaten erziehen keine förmliche Zustimmung zu den Plänen Japans, aber die Voge Japans findet volles Verständnis, und wenn Amerika nicht förmlich zustimmt, so wird das keine ungünstige Wirkung auf die beiderseitigen Beziehungen haben.

Gewerkschaftsbewegung

Eine ernste Mahnung zur Vorsicht und Selbstentscheidung

richtet der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes an die Mitglieder. Sie nimmt Bezug auf jene neuerdings in den Metallbetrieben wieder von Hand zu Hand gehenden Flugblätter, die Aufforderungen zur Niederlegung der Arbeit und zum Verlassen der Betriebe enthalten. Wenn unberufene und ungenannte Führer die in den Kreisen der Arbeiterschaft vorhandene Mißstimmung benutzen, um an die Kraft und Stärke der organisierten Arbeiter zu appellieren und sie zur Erhebung aufzufordern, so sei zu betonen, daß solche Ausschläge ausschließlich im Interesse unserer Gegner gelegen seien, die den Krieg fortleben und Deutschlands Volkswirtschaft dadurch vernichtend treffen wollen. Sie stärken aber auch die Gegner eines Verständigungsfriedens und die Feinde jeder freiwilligen Entwicklung im Lande selbst. Mit einem Hinweis auf den Gang der Ereignisse in Rußland betont der Vorstand: Nur eitel Plunkerei kann auch diese Verhältnisse als erstrebenswertes Ziel hinstellen. . . . Folgt eurer eigenen Urteilskraft, eurer eigenen Überlegung! Denkt an unsere Volksgenossen im Felde! Vergewaltigt euch die Gefahren eurer Brüder, Söhne, Verwandten und Freunde, die dort jeden Augenblick dem Tode ins Antlitz schauen, die härtesten, schwersten Opfer und Entbehrungen auf sich nehmen, um mit ihrer Heimat zugleich auch euch zu schützen.

Der Reichstarif und die Militärattler.

Der neue Tarif, dessen wesentlichste Änderungen der „Vorwärts“ am 8. d. M. mitgeteilt hat, unterlag am Mittwoch der Beschlußfassung einer Versammlung der in der Militärattlerbranche beschäftigten Berliner Verbandmitarbeiter. Der Referent Riedel gab eine eingehende Uebersicht über die Ergebnisse der Verhandlungen und kam zu dem Schluß: Der neue Reichstarif bringt zwar eine Reihe von Lohnaufbesserungen, durch die aber die berechtigten Wünsche und Forderungen der Berliner Kollegen nicht erfüllt werden, so sehr sich deren Vertreter in der Zentralarbeitskommission auch bemüht haben, den Berliner Forderungen Anerkennung zu verschaffen. Nach Lage der Verhältnisse kann jedoch im Verhandlungswege nicht mehr erlangt werden. In einer Zeit der ablaufenden Konjunktur, die sicher zu erwarten ist, können wir ohne Reichstarif nicht auskommen, denn er bietet uns immerhin ein Mittel gegen die Gefahr der Lohnrückfälle, die wegen der aufgedehnten Heimarbeit besonders groß ist. Wenn auch die Berliner Kollegen von den Lohnsätzen des Tarifs keine besonderen Vorteile haben, so ist er doch für die Provinzorte von größerem Wert und das Verlassen des Reichstarifs wirkt der Abwanderung der Industrie aus Berlin in die Provinzorte entgegen. Von diesen Gesichtspunkten aus muß der Tarif beurteilt werden und deshalb können ihm auch die Berliner Kollegen zustimmen.

Die Diskussionsredner kritisierten verschiedene Punkte des Tarifs, stimmten aber im allgemeinen den Ausführungen des Referenten zu. Schließlich wurde gegen einzelne Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ist durch das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht befriedigt, da es den Berliner Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Die Versammlung beharrt das geringe Entgegenkommen der Unternehmer in der Lohnfrage, in der Einführung tariflicher Bestimmungen über Heimarbeit und Zusatzmeister sowie der kostenlosen Lieferung von Rohmaterial. Die Versammlung stimmt aber für die Annahme des Reichstarifs im Interesse der Substitutionsorte in der Provinz.

Lohnforderungen der Bergarbeiter im östlichen Erzgebirge.

Im Auftrage der organisierten Bergarbeitermitglieder der Altenberger Zwitterhütte-Gewerkschaft in Altenberg, wo der Erzbergbau lange Zeit still lag und erst seit einiger Zeit wieder aufgenommen

wurde, hat die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes der Werkvervollständigung Forderungen auf Lohnerhöhungen eingereicht. Und zwar wird für Affordarbeiter eine Erhöhung des Lohnes für den gelieferten Wagen um soviel verlangt, daß für die Schicht nicht unter 10 M. verdient werden. Schichtlohnarbeiter sollen mindestens 8 M. für die Schicht erhalten. Für Zimmerleute und Schmiede und für Wälzwerker sollen die Stundenlöhne so erhöht werden, daß für Zimmerer nicht unter 7,50 M. und für Schmiede nicht unter 8,50 M. in der sechsstündigen Schicht verdient werden. Der Schichtlohn für jugendliche Arbeiter soll nicht unter 4,50 M. betragen. Für Familienväter wird ein Kindergeld von 2 M. für jedes Kind monatlich gefordert. Ferner wird ein Prozentsatz Aufschlag für Überstunden- und Sonntagsarbeit, eine Erhöhung des Krankengeldes und die Einziehung eines Ernährungsausgleiches aus Beleglohnmitgliedern verlangt.

Diese in Anbetracht der herrschenden Teuerungsvhältnisse recht befriedigenden Forderungen lassen schon einen Rückschluß auf die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter im östlichen Erzgebirge zu. Tatsächlich sind die bestehenden Löhne absolut unzureichend, betragen sie doch im günstigsten Falle für Affordarbeiter 8 M. für die Schicht, während Schichtlohnarbeiter nur 6 M. verdienen. Noch ungenügender sind die Stundenlöhne von 45 Pf. für Wälzwerker und von 55 Pf. für Schmiede und Zimmerleute, die von diesem Lohn abnehmen noch gewisse Ausgaben für Werkzeuge beistellen müssen. Auch das Kindergeld, das jetzt nicht einmal die Hälfte des niedrigen Lohnes beträgt, ist vollständig unzureichend. Die Altenberger Erzbergleute leben also tatsächlich in recht unzulässigen Verhältnissen, so daß ihrem Vorgehen voller Erfolg zu wünschen ist.

Lohnforderungen in der Glasindustrie.

Auf Drängen der Mitglieder hat der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter Deutschlands an den Schugverband deutscher Glasfabriken, der die Veredlungs- und Weinglasindustrie umfaßt, folgende Forderungen eingereicht:

Eine Erhöhung der Löhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen, bis zu 60 M. wöchentlich, um 25 Proz.; von über 60 M. bis 90 M. wöchentlich, um 15 Proz.; von über 90 M. wöchentlich um 10 Proz.

An die Flachglasindustrie ist die Forderung gestellt, daß die Löhne um 25 Prozent erhöht werden sollen, und die gleiche Forderung ist den Plankonglasindustriellen angegangen. Bei allen diesen Forderungen hat der Vorstand seine Bereitwilligkeit zur Verhandlung erklärt und dabei den Wunsch ausgedrückt, daß die Forderungen ab 1. April 1918 bewilligt werden mögen.

Der Vorstand ermahnt die Mitglieder, in eine umfassende Kaitation für den Verband einzutreten. Im Jahre 1917 hat die Organisation einen Zuwachs von 2028 neuen Mitgliedern erfahren. Zurzeit zählt der Verband 7059 Mitglieder, damit umfaßt er den Teil der Arbeiter, auf die es in der Industrie vor allen Dingen ankommt.

Die Entwertung der geistigen Arbeit. Ueber dieses Thema spricht in einer zu heute Freitag, abends 8 Uhr, nach den Germania-Praxisräten, Chausseest. 110, einberufenen öffentlichen Versammlung der technischen Privatangehörigen Groß-Berlins Reichstagsabgeordneter Stolovich.

Industrie und Handel.

Militär gegen Daimler!

Stuttgart, 7. März. Zwischen der Heeresverwaltung und der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim sind Differenzen entstanden, die dazu führten, der Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizugeben.

Oesterreich-Ungarns wirtschaftlicher Friedensvertrag mit Rußland.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland sind in einer besonderen, einen Bestandteil des Friedensvertrages bildenden Anlage geregelt. Diese Abmachungen stimmen indolent zum größten Teil mit den einschlägigen Bestimmungen des ukrainischen Friedensvertrages überein. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, möglichst bald nach Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und den mit ihm zurzeit im Kriege befindlichen europäischen Staaten und den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan andererseits in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handels- und Schiffsabkommens einzutreten. Bis zu diesem Zeitpunkt, jedenfalls aber bis zum 31. Dezember 1918, solle den gegenseitigen Handelsbeziehungen die in einer besonderen Unterlage enthaltenen Bestimmungen zugrunde gelegt werden. Diese Bestimmungen betreffen sich im wesentlichen mit dem Inhalte des österreichisch-ungarisch-russischen Handels- und Schiffsabkommens vom 18. Februar 1908, an dem entsprechend den geänderten Verhältnissen gewisse Ergänzungen und Abänderungen vorgenommen werden mußten.

Jedem der vertragsschließenden Teile ist die Möglichkeit gegeben, diese Bestimmungen vom 30. Juni 1919 an mit sechsmonatiger Frist zu kündigen. Falls von diesem Kündigungsrechte vor dem 31. Dezember 1922 Gebrauch gemacht wird, werden bis zum 31. Dezember 1925, falls die Kündigung nach dem 31. Dezember 1922 erfolgt, für einen Zeitraum von drei Jahren, von dem Tage des Außerkräftetretens der in der Unterlage enthaltenen Bestimmungen an gerechnet, die Angehörigen, die Handels-, Gewerbe- und Finanzgesellschaften mit Einfluß der Versicherungsgesellschaften, die Banken, Industrie-Erzeugnisse und die Schiffe jedes der beiden vertragsschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles die meistbegünstigte Behandlung genießen.

Die im Sinne dieser Bestimmungen zugesicherte Meißbegünstigung gilt im Falle einer Veränderung der Verhältnisse innerhalb eines oder beider der vertragsschließenden Teile auch für dessen einzelne Staaten. Ebenso wie im ukrainischen Friedensvertrage ist auch im Friedensvertrag mit Rußland vorgesehen worden, daß Begünstigungen der Oesterreich-Ungarn an Deutschland auf Grund eines Zollbündnisses etwa gewährt werden sollte, von der Meißbegünstigung ausgeschlossen bleiben. Ein analoger Vorbehalt ist auch ausnahmslos für Begünstigungen vorbehalten, die Rußland an ein anderes mit ihm durch Zollbündnis verbündetes Land gewährt. Besonders hervorzuheben ist, daß, soweit nicht in der Tarifanlage anderes bestimmt ist, für die ganze Dauer des Protokolls sowie der späterhin wechselseitig zu gewährenden Meißbegünstigungen der allgemeine russische Zolltarif vom 13./26. Januar 1903 maßgebend sein soll.

Weiter haben sich die vertragsschließenden Teile darüber geeinigt, daß mit Friedensschluß die Beendigung des Krieges auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet erfolgen soll. Sie verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maßnahmen teilzunehmen, die auf die Wertschätzung der Handelsbeziehungen auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiet abzielen, und innerhalb ihrer Staatsgebiete solche Maßnahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Für die Ueberauszeit, die zur Ueberwindung der Kriegsschäden und zur Neuordnung der Verhältnisse erforderlich sein wird, verpflichten sich die vertragsschließenden Teile, möglichst keine Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Güter durch Einföhrung hoher Eingangszölle zu bereiten. Sie haben sich auch bereit erklärt, alsbald in Verhandlungen einzutreten, um soweit als tunlich die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen vorübergehend noch länger aufrechtzuerhalten und weiter auszuweiten. Eine besondere Bestimmung bezieht sich auf die Verbesserung der Lage der von der vertragsschließenden Teile während des Krieges anderen Ländern durch Konzeptionserteilungen oder andere ähnliche Maßnahmen gewährt hat, aufzuheben oder auf den anderen Teil durch Gewährung gleicher Rechte ausgedehnt werden sollen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlin; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Hieran 1 Pfennig und Unterhaltungsbeitrag.

Wintergarten
Der große Varieté-Spielplan dazu
Gastspiel:
Frieda Hess, Kgl. Solotanz.
Jan Trojanowski, Hofu-Mstr.
Grete Ackermann, Joh. Hennig.
Dora Potters, Gertrud Müller, Erna Fritz, Grete Richter, Barbara Poita, Irmgard Adler
vom Ballett des Kgl. Hoftheater Dresden.

Zirkus A. Schumann.
Bht. Friedrichstr. Anf. 7 1/2.
Letzte Saison in Berlin.
Nur noch kurze Zeit.
Das vollständig neue März-Programm.
Tilly Bébé
mit ihr. dress. Eisbären.
Entkleidungs-Szene in der Luft, Fr. Zoe.
Nach Rock Gehr. Petros.
Die 3 Grazien aus Draht.
Gr. Ausst. Mexiko. Pantomime.

Apollo
Friedrichstr. 218. 7 1/2.
Der Flieger von Tringtan sowie die verblüffendsten Varieté-Attraktionen.
Theaterkasse ab 10 U.
ununterbr. geöffnet.

Theater für Freitag, 8. März.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Müllensitzer.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Freischütz.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonnt. 9 1/2 Uhr: Sondervorstell.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Kinokönigin.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.
Residenz Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

NATIONAL-THEATER 5 Minuten Jannowitzbrücke
Ganz Berlin spricht von:
Die ist richtig! . . .
Tägl. 7 1/2 Uhr: Musik: Walter Bromma. Tägl. 7 1/2 Uhr: !!! Größter Lacherfolg !!!
Sonntag 3 1/2 Uhr: Studentenlobchen. (Preise: 1,50 - 8 M.)

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Eine Waife.
Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Musikantendorf.
Heim-Lotterien
Ziehung 16. März für Soldatenkinder
3267 garn. W.-Gewinne aus M.
100000
Ziehung 27. März für Säuglinge
2779 garn. W.-Gewinne aus M.
50000
50000
30000
Los Pr. 3 M., Porto u. Liste 40 Pf.
Los Pr. 2 M., Porto u. Liste 30 Pf.
Je ein Los einschl. Porto u. 2 List. nur 3,50 M. empfiehlt Berlin W.
Carl Heintze, Unter 4. Linden 21.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nante.
Neues Operettenhaus
Scheffelsd. 4a. Kassent. Nd. 291
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Schneider Wibel.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Kopierers Erben.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorplatz
7 Uhr:
Variété-Theater
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog mit Guido Thielscher.

URANIA
8 Uhr:
Dr. Freiherr von Bissing, Brüssel:
Belgien
einst und jetzt.
Casino-Theater
Vollringer Str. 57. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
Nur noch bis inf. 30. März;
Hamsterfröge
und das neue Märzprogramm.
Donnerst. 21. März. 1. Male:
Anna Traum.
Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Pers. Austr. Paul Heidemann in der Film-Operette „Paulchens Badenbesuch“ u. das neue März-Prögr.
Kaffee Sultpold
Motzstr. 15.
Täglich
Kabarett
Danny Gürtler II der König der Boheme
Ina Marcella
Max Reo
Molly Morony
Leo Fährmann
u. die Hauskapelle Ctyroky.
Eintritt frei!
Getränke in unerreichter Qualität.
Trianon-Theater
7 1/2 u. 8 U. Sht. Friedrichstr. 7, 8
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wiat, Erich Kaiser-Fitz, v. Möllendorff, Fink, Kottner.
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannistauer.

URANIA
8 Uhr:
Dr. Freiherr von Bissing, Brüssel:
Belgien
einst und jetzt.
Casino-Theater
Vollringer Str. 57. Tägl. 7 1/2 u. 8 U.
Nur noch bis inf. 30. März;
Hamsterfröge
und das neue Märzprogramm.
Donnerst. 21. März. 1. Male:
Anna Traum.
Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Pers. Austr. Paul Heidemann in der Film-Operette „Paulchens Badenbesuch“ u. das neue März-Prögr.

Kaffee Sultpold
Motzstr. 15.
Täglich
Kabarett
Danny Gürtler II der König der Boheme
Ina Marcella
Max Reo
Molly Morony
Leo Fährmann
u. die Hauskapelle Ctyroky.
Eintritt frei!
Getränke in unerreichter Qualität.

Trianon-Theater
7 1/2 u. 8 U. Sht. Friedrichstr. 7, 8
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wiat, Erich Kaiser-Fitz, v. Möllendorff, Fink, Kottner.
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannistauer.

Büsch
Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2, U.
Das neue Märzprogramm!
? Das lebende Aquarium?
! Die schöne Creolin!
Türkische Fakire u. Vulkanmenschchen.
Karl Reineck, Schulleiter auf „Grasiasfürst“, Rappos lust. Landwehrmann, Louis Alumentfeld, Freiheitsschuldrösuren.
9 Uhr Mondfahrt. 9 Uhr

Voigt-Theater.
Sauerstr. 56. Sauerstr. 56
Freitag, den 8. 3., 7 1/2, 8 Uhr:
Verlorene Ehre.
Sonnabend, den 9. 3.:
Arturs Pflitterwochen.
Sonntag, 10. 3., nachm. 3 Uhr:
Arturs Pflitterwochen.
Abends 7 Uhr:
Verlorene Ehre.

Ziehung 14. u. 15. März
Augusta-Victoria
Geld-Lotterie
mit Gewinn - Mark
150000
60000
30000
Los nur 3,30 M. Porto u. Liste 45 Pfennig.
Berliner Losezeriale
Berlin C 2, Mühlendamm 3.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume. Lagerräume: 6696 - Mr. groß
Versand nach allen Pfälzen Deutschlands. - Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang
Wochentags von 8-7, Sonntags von 12-3 geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Mein Weib nachströmt
Nachmittags ermäßigte Preise!

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165.
Ecke Bohrenstraße.
Claire Waldoff
Willi Prager
Milda Breiten
Mizzi Dressl
u. das hervorragende März-Programm.

Admiralspalast.
Heute 7 1/2 Uhr
Abrakadabra
Deutsche Tänze v. Schubert
Vorzügliche Küche.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahnhof.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Gicht-, Nervenleiden, Herz-, Bronchial-, Schmerzhafte, fälschliche Behandlg. ohne Berufshörung.
Blutuntersuchung 75 Pf. gratis.
Tägliche Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8. Sonnt. 11-1.

Deutschland braucht Männer,
die fähig sind, an dem großen wirtschaftlichen Wettstreit teilzunehmen, der eine unabdingbare Folge des Weltkrieges sein muß und eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens herbeiführen wird. Ueberall werden gebildete und leistungsfähige **Mitarbeiter** gesucht sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels und der Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Ein-Frau-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden Kaufmann-Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vorzügliche Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rastin“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonnens & Nachfeld,
Potsdam, Postfach 224.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sprechst. 11-1, 4-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufshörung. Vollzahlung

Führer
durch das preussische Eintonnenkennzeichen
35. bis 40. Jahrgang
Mit 10 Formulare für Angaben und Nachfragen, sowie einen einblättrigen Kartei-Formular.
Preis 60 Pf.
zu haben in allen **Vorwärts-Anschaffstellen** und in der **Buchhandlung Vorwärts,** Berlin C 2, Lindenstraße 3